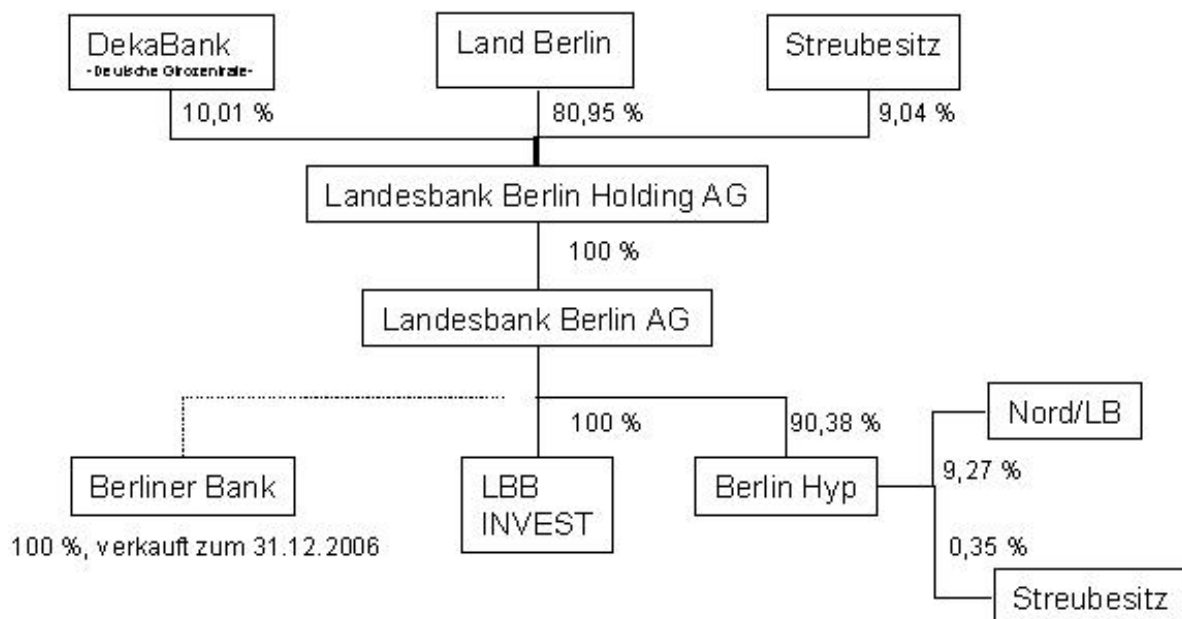


Das Geschäftsjahr 2006 im Überblick

Unternehmensdarstellung

Organisatorische und rechtliche Struktur

Nach einer umfassenden gesellschaftsrechtlichen Umstrukturierung des gesamten Konzerns im Jahr 2006 stellt sich die organisatorische und rechtliche Struktur wie folgt dar:



- Die Landesbank Berlin AG (LBB) ist ein 100 %-iges Tochterunternehmen der Landesbank Berlin Holding AG. Sie ist eine nicht börsennotierte Aktiengesellschaft und ein Kreditinstitut im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG). Sie ging aus der Landesbank Berlin – Girozentrale – hervor, nachdem diese gemäß Berliner Sparkassengesetz vom 28. Juni 2005 zum 1. Januar 2006 aus einer Anstalt öffentlichen Rechts in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden war. Die LBB übernahm mit Beschluss ihrer Hauptversammlung vom 13. Juli 2006 nahezu das gesamte Vermögen der damaligen Bankgesellschaft Berlin AG. Damit wurden alle bankgeschäftlichen Aktivitäten einschließlich der Berliner Sparkasse der vormals getrennten Kreditinstitute Bankgesellschaft Berlin AG und LBB in der Landesbank Berlin AG zusammengeführt.
- Die LBB hält auch die wichtigen strategischen Beteiligungen, insbesondere die Anteile an der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG (Berlin Hyp), an der BankenService

GmbH (BankenService) und an der Landesbank Berlin Investment GmbH (LBB-INVEST). Sie unterhält ferner Niederlassungen in London und Luxemburg.

Die Landesbank Berlin AG ist wie folgt organisiert:

Die LBB ist in vier strategische Geschäftsfelder und die sie unterstützenden Corporate Center gegliedert. Die Geschäftsfelder bestehen aus dem Geschäft mit Privaten Kunden und Firmenkunden, dem Immobilienfinanzierungs- und dem Kapitalmarktgeschäft. Zu den Einheiten der Corporate Center zählen z.B. Informationstechnologie, Controlling, Risikocontrolling, Revision und Finanzen. Das Geschäft mit Immobilienfinanzierungen der LBB und der Berlin Hyp wird, soweit rechtlich möglich, über das institutsübergreifende Geschäftsfeld gesteuert. Dementsprechend eng sind auch die jeweiligen Einheiten der beiden Unternehmen miteinander verbunden.



Zuständigkeiten der Vorstandsmitglieder zum Stichtag 31. Dezember 2006

Der Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG besteht aus den Herren Hans-Jörg Vetter und Dr. Thomas Veit.

Alle operativen Aufgaben werden auf Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages von der Landesbank Berlin AG wahrgenommen.

Die Zuständigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder der Landesbank Berlin AG waren zum Stichtag 31. Dezember 2006:

Hans-Jörg Vetter

(Vorsitzender)

Unternehmensentwicklung

Personal

Revision

Recht

Serge Demoliere

Kapitalmarktgeschäft

Uwe Kruschinski

Kreditgeschäft

Risikobetreuung

Martin K. Müller

Risikocontrolling

Controlling

Compliance

Dr. Thomas Veit

Immobilienfinanzierungen

Finanzen

Organisation

Informationstechnologie

Dr. Johannes Evers

Private Kunden

Hans Jürgen Kulartz

Firmenkunden

Vergütungssystem von Vorstand und Aufsichtsrat

Vorstand und Aufsichtsrat der börsennotierten Landesbank Berlin Holding AG (Holding) sowie ihrer 100 %igen Tochtergesellschaft Landesbank Berlin AG (LBB) sind weitgehend personenidentisch besetzt. Im Interesse der besseren Übersichtlichkeit erfolgt für beide Gesellschaften eine zusammengefasste Darstellung in Form des Vergütungsberichtes nach dem Deutschen Corporate Governance Kodex.

Dieser Vergütungsbericht fasst die Grundsätze zusammen, die bei der Festlegung der Vergütung des Vorstands der Holding sowie der LBB angewendet werden, und er stellt Struktur und Höhe der Vorstandsbezüge dar. Daneben werden die Grundsätze und die Höhe der Vergütung der Aufsichtsräte und ihrer Ausschüsse beschrieben.

Der Bericht berücksichtigt dabei für beide Gesellschaften die Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex und er enthält die Angaben, die entsprechend dem deutschen Handelsrecht Bestandteil des Lageberichtes nach § 289 Abs. 2 Nr. 5 HGB und des Anhangs nach § 285 S. 1 Nr. 9 a Satz 5 bis 9 HGB sind.

1. Vergütung des Vorstands

Für die Festlegung von Struktur und Höhe der Vergütung der Mitglieder des Vorstands ist bei der Holding wie auch bei der LBB jeweils der Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss des Aufsichtsrats (BPS-Ausschuss) zuständig. Der BPS-Ausschuss legt die Eckpunkte der Dienstverträge, insbesondere die Gehälter und die anderen Vergütungsbestandteile, für den Vorstand fest. Dabei wird die Vergütung auf Basis einer Analyse der in der eigenen Unternehmensgruppe und in vergleichbaren deutschen Kreditinstituten an die Mitglieder der Geschäftsleitung gezahlten Einkommen festgesetzt.

Die einzelnen, sich aus dem Anstellungsverhältnis ergebenden Rechte und Pflichten des Vorstands sind für alle Mitglieder des Vorstands durch mit der Landesbank Berlin AG bestehende Dienstverträge geregelt.

Die den Vorstand der Obergesellschaft Landesbank Berlin Holding AG bildenden Herren Vetter und Dr. Veit sind zugleich Vorstandsmitglieder der LBB, auf die nahezu das gesamte Bankgeschäft der Holding, d. h. der damaligen Bankgesellschaft Berlin AG (BGB AG), über-

tragen worden ist. Im Zuge der Ausgliederung des Bankgeschäftes nach dem Ausgliederungs- und Übernahmevertrag zwischen BGB AG und LBB vom 29. Mai 2006 sind sämtliche Vertragsbeziehungen, so auch die Vorstandsdienstverträge, auf die Landesbank Berlin AG übertragen worden. Unabhängig von ihrer organschaftlichen Bestellung als Vorstandsmitglieder der Holding bestehen demgemäß die Dienstverträge der Herren Vetter und Dr. Veit sowie die sie betreffenden Versorgungsvereinbarungen und vergleichbaren Verträge mit der LBB, für die sie überwiegend tätig sind.

Die LBB zahlt auf dieser vertraglichen Grundlage sämtliche Vorstandsbezüge für die beiden im Doppelband tätigen Vorstandsmitglieder. Sie erhält dafür von der Holding einen am zeitlichen Aufwand orientierten, jährlich auf seine Angemessenheit zu überprüfenden Ausgleichsbetrag in Höhe einer monatlichen Pauschale von 5.000,-- € je Vorstandsmitglied bzw. 6.000,-- € für den Vorstandsvorsitzenden. Entsprechend wurden von der Holding im Jahre 2006 ab der formalen Wirksamkeit der neuen Organstruktur 44 T€ als Aufwandsersatz erstattet.

Hinsichtlich ihrer Bezüge sind in den Dienstverträgen der Mitglieder des Vorstands folgende Vergütungsbestandteile festgelegt:

- Festes Jahresgehalt:

Das Festgehalt ist zahlbar in gleichen monatlichen Teilbeträgen. Entsprechend den dienstvertraglichen Vereinbarungen werden die festen Bezüge vom BPS-Ausschuss in Abständen von zwei Jahren auf ihre Angemessenheit in Bezug auf die Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds und seine Leistungen überprüft. Die letzte entsprechende Überprüfung wurde zum 1. April 2005 bzw. bei Herrn Dr. Veit zum 1. September 2006 vorgenommen.

Die Vorstandsgehälter werden auf der Basis der Ertragslage des Konzerns fortentwickelt, wobei die allgemeinen Preis- und Tarifsteigerungen in der Bundesrepublik Deutschland in Betracht zu ziehen sind sowie ein Vergleich mit der Struktur der Vorstandsbezüge anderer Kreditinstitute herangezogen wird. Ein Rechtsanspruch auf Erhöhung der festen Bezüge besteht dabei nicht.

- Jahressondervergütung:

Die Mitglieder des Vorstands erhalten für ihre Tätigkeit im jeweils abgelaufenen Geschäftsjahr eine Jahressondervergütung (Tantieme), über die im Folgejahr Beschluss gefasst wird. Die Tantieme richtet sich in ihrer Höhe insbesondere nach den dienstlichen Leistungen der Vorstandsmitglieder sowie nach der Entwicklung der Ergebnisse der LBB und der Holding

und ist nach Feststellung der Jahresabschlüsse beider Gesellschaften in einer Summe zahlbar. Für jedes Vorstandsmitglied ist hierbei die Zahlung eines bestimmten Mindestbetrages festgelegt. Der darüber hinausgehende Teil wird vom BPS-Ausschuss unter Berücksichtigung der vorstehend genannten Parameter, insbesondere auf der Grundlage einer individuellen Leistungsbeurteilung, festgesetzt.

Weitere Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung (Bezugsrechte, sonstige aktienbasierte Vergütungselemente o. ä.) bestehen für die Vorstandsmitglieder nicht.

- Sonstige Vergütungen:

Den Vorstandsmitgliedern stehen jeweils Dienstwagen mit Fahrer zur unbeschränkten Nutzung zur Verfügung. Dabei haben einige der Vorstandsmitglieder gemäß ihrem Dienstvertrag Anspruch auf die Übernahme der auf den durch die private Nutzung entstehenden geldwerten Vorteil zu zahlenden Steuern durch den Arbeitgeber.

Holding und LBB haben zugunsten ihrer Organmitglieder eine pauschale Vermögensschaden-Haftpflicht-Gruppenversicherung (D & O-Versicherung) abgeschlossen. Diese deckt auch das persönliche Haftungsrisiko der Vorstände von Holding und LBB für den Fall ab, dass der betreffende Personenkreis bei Ausübung seiner Tätigkeit für Vermögensschäden in Anspruch genommen wird. Für die Vorstandsmitglieder ist dabei im Sinne des Corporate Governance Kodex ein Selbstbehalt in Höhe von drei Monatsfestgehältern vereinbart. Die Prämien für diese auch im Interesse der beiden Unternehmen liegenden Director & Officers-Versicherung trägt die Holding.

Gemäß seinem Vorstandsdienstvertrag hat Herr Müller Anspruch auf die Zahlung der Beiträge für eine der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung entsprechenden Versicherung durch den Arbeitgeber bis zur Hälfte des gesetzlichen Höchstsatzes.

- Gesamtvergütung:

Die Mitglieder des Vorstands haben im Geschäftsjahr 2006 eine Vergütung (einschließlich erfolgsabhängiger Bestandteile) von insgesamt 6.396 T€ bezogen. Hierin enthalten sind die für die Tätigkeit des Vorstands für das Geschäftsjahr 2006 garantierten Bestandteile der Jahressondervergütung in Höhe von 2.331 T€, die in 2007 zur Auszahlung kommen, sowie die erfolgsabhängigen Bestandteile der Jahressondervergütung für das Geschäftsjahr 2005 in Höhe von 1.030 T€, die in 2006 gezahlt wurden.

Leistungen von Dritten wurden einzelnen Vorstandsmitgliedern im Hinblick auf ihre Tätigkeit als Vorstandsmitglied nicht zugesagt oder im Geschäftsjahr gewährt.

- Versorgungszusagen:

Im Falle einer durch Unfall oder Krankheit verursachten Arbeitsunfähigkeit stehen den Vorstandsmitgliedern für einen bestimmten Zeitraum die vollen Bezüge zu; den Herren Demolière, Vetter und Dr. Veit bis zu einem Jahr und den Herren Dr. Evers, Kulartz, Kruschinski sowie Müller bis zu zwei Jahren, längstens jedoch bis zur Beendigung des Anstellungsverhältnisses.

Die Vorstandsmitglieder haben Anspruch auf Ruhegehalt nach Beendigung des Vertragsverhältnisses infolge Vollendung des 65. Lebensjahres, wegen Berufsunfähigkeit, durch Ablauf der Bestellung oder infolge Lösung des Vertragsverhältnisses durch die Bank, die nicht durch einen wichtigen Grund in der Person des Vorstands veranlasst ist (§ 626 BGB). Nach Vollendung des 60. Lebensjahres kann das Dienstverhältnis durch die Herren Demolière, Dr. Evers, Kruschinski, Dr. Veit und Vetter oder die Bank gekündigt werden. Herr Kulartz kann ab dem 62. Lebensjahr auf eigenen Wunsch in den Ruhestand treten. Die Vorstandsmitglieder erhalten dann Ruhegehalt auch vor dem 65. Lebensjahr.

Während der ersten sechs Monate nach dem Ausscheiden aus den Diensten der Gesellschaft haben die Vorstandsmitglieder Anspruch auf ihre Dienstbezüge, vom siebten Monat an setzt die Zahlung des Ruhegehalts ein. Im Falle von Herrn Müller setzt die Zahlung des Ruhegehaltes im ersten Monat nach Ausscheiden aus den Diensten der Gesellschaft ein.

Das Ruhegehalt bemisst sich abhängig vom Lebensalter nach einem bestimmten Prozentsatz vom festen Jahresgehalt und erhöht sich um 2 % für jedes als Vorstandsmitglied geleistete Dienstjahr, wobei für jedes Vorstandsmitglied vertraglich ein Höchstsatz vereinbart ist. Bemessungsgrundlage für das Ruhegehalt ist jeweils der ruhegehaltsfähige Anteil der Festbezüge, der 100 %, bei Herrn Demolière 67 % beträgt.

Im Einzelnen:

	<u>Erworbener Versorgungsan-</u> <u>spruch per 31.12.2006)</u>	<u>Höchstsatz</u>
	in %	in %
Herr Demolière	45	60
Herr Dr. Evers	54	75
Herr Kulartz	52	75
Herr Kruschinski	56	70
Herr Müller	38	70
Herr Dr. Veit	48	60
Herr Vetter	54	60

Gemäß ihren Dienstverträgen haben die Vorstandsmitglieder Anspruch auf Anpassung ihrer laufenden Versorgungsleistungen. Diese richtet sich nach den prozentualen Entgeltentwicklungen der Tarifverträge für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken bzw. nach den prozentualen Veränderungen des Vergütungstarifvertrages zum BAT für den Bereich der Kommunalen Arbeitgeberverbände.

Für zwei Mitglieder des Vorstands ist dienstvertraglich das Ausscheiden im Rahmen eines Kontrollerwerbs geregelt. Gemäß dieser Change of Control-Klausel steht Herrn Vetter als Vorstandsvorsitzendem bis zum 31.10.2011 sowie Herrn Dr. Veit bis zum 31.08.2007 ein Sonderkündigungsrecht zu. Endet der Dienstvertrag infolge einer Sonderkündigung, haben beide Herren Anspruch auf die Zahlung der jeweils bis zum Ende der Vertragslaufzeit noch ausstehenden Bezüge.

Im Jahr 2006 wurden für Pensionszusagen und ähnliche Verpflichtungen gegenüber den Mitgliedern des Vorstands 1.697 T€ zurückgestellt. Der Teilwert der für den Vorstand gebildeten Pensionsrückstellungen (HGB) betrug zum Bilanzstichtag 8.763 T€.

Mitglieder des Vorstands haben von der LBB insgesamt Vorschüsse oder Kredite erhalten bzw. es bestehen Haftungsverhältnisse im Volumen von 1.186 T€.

Ferner wurden im vergangenen Geschäftsjahr Gesamtbezüge (Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge und Leistungen verwandter Art) an die ehemaligen Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene von insgesamt 6.456 T€ gezahlt. Der Teilwert der für diese Personen-

gruppe in 2006 gebildeten Rückstellungen für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen beträgt 64.057 T€.

Hierbei ist zu beachten, dass diese Vergütungen bzw. Rückstellungen neben denen der LBB jeweils auch die ehemaligen Vorstandsmitglieder der Holding betreffen. Dies beruht, wie oben dargestellt, darauf, dass im Zuge der nahezu vollständigen Ausgliederung des Vermögens der ehemaligen Bankgesellschaft Berlin AG auf die LBB auch alle Versorgungsvereinbarungen und vergleichbaren Verträge auf die LBB übertragen wurden. Die entsprechenden Rückstellungen für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen wurden ebenfalls auf die LBB übertragen.

2. Vergütung des Aufsichtsrats

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in der Satzung geregelt, die bei Bedarf durch Beschluss der Hauptversammlung angepasst werden kann. Die Aufsichtsratsvergütung orientiert sich an der Größe, der wirtschaftlichen Lage und dem Erfolg des jeweiligen Unternehmens sowie an den besonderen Aufgaben und der Verantwortung der Aufsichtsratsmitglieder in der Umstrukturierungsphase der Bank.

Die für die Holding geltenden Vergütungsregeln sind in § 13 ihrer Satzung festgelegt. Danach erhalten die Aufsichtsratsmitglieder der Landesbank Berlin Holding AG jährlich eine feste Vergütung sowie einen an den Erfolg des Unternehmens gekoppelten Vergütungsbestandteil.

Die für die LBB gegenwärtig geltenden Vergütungsregeln für den Aufsichtsrat wurden erstmals im Rahmen der Feststellung der Gründungssatzung durch die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen anlässlich der Gründung der Landesbank Berlin AG am 25. November 2005 verabschiedet. Sie sind in § 11 ihrer Satzung enthalten. Danach erhalten die Aufsichtsratsmitglieder jährlich eine feste Vergütung. Eine gesonderte, an den Erfolg des Unternehmens gekoppelte Vergütung ist für den Aufsichtsrat der LBB nicht vorgesehen.

Die Mitgliedschaft in den Ausschüssen sowie Vorsitz und stellvertretender Vorsitz im Aufsichtsrat und in seinen Ausschüssen werden bei der Holding wie auch bei der LBB zusätzlich vergütet.

Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder ist wie folgt geregelt:

- Feste Jahresvergütung:

Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten bei der Holding eine feste Jahresvergütung von 15.000,-- € bzw. bei der LBB in Höhe von 10.500,-- €

- Erfolgsabhängige Jahresvergütung:

Die Aufsichtsratsmitglieder der Holding erhalten neben der festen Jahresvergütung eine erfolgsabhängige Vergütung von 550,-- € je halbes Prozent Dividende, soweit die Dividende 4 % auf das Grundkapital übersteigt.

Der Vorsitzende erhält bei beiden Gesellschaften jeweils das Doppelte, der Stellvertreter das 1,5fache der jeweiligen Beträge.

- Ausschussvergütung:

Die Mitglieder des Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschusses sowie die Mitglieder des Kreditausschusses des Aufsichtsrats erhalten jeweils zusätzlich eine feste Vergütung. Diese beträgt bei der Holding jährlich 10.000,-- €, die Vorsitzenden erhalten jeweils das 1,5fache, die Stellvertreter jeweils das 1,25fache dieser Bezüge. Bei der LBB betragen diese Bezüge jährlich 6.000,-- €, die Vorsitzenden dieser Ausschüsse erhalten hier jeweils 8.000,-- €, die Stellvertreter jeweils 7.000,-- €.

Ein gesondertes Sitzungsgeld erhalten die Mitglieder beider Aufsichtsräte nicht.

Für die Aufsichtsratsmitglieder, die dem Aufsichtsrat oder einem seiner Ausschüsse nicht während des gesamten Geschäftsjahres angehört haben, wird die Vergütung entsprechend ihrer Amtszeit taggenau abgerechnet.

Wie oben dargestellt, haben Holding und LBB zugunsten ihrer Aufsichtsratsmitglieder eine angemessene Vermögensschaden-Haftpflicht-Gruppenversicherung abgeschlossen (D & O-Versicherung). Für die Aufsichtsratsmitglieder ist dabei im Sinne des Corporate Governance Kodex jeweils ein Selbstbehalt in Höhe ihrer halben Jahresfestvergütung vereinbart. Die Prämien für diese auch im Interesse der beiden Unternehmen liegenden Director & Officers-Versicherung trägt die Holding.

Die Mitglieder beider Aufsichtsratsgremien erhalten die Vergütung für ihre im jeweiligen Geschäftsjahr ausgeübte Tätigkeit jeweils nach Ablauf dieses Geschäftsjahres, und zwar üblicherweise nach den Hauptversammlungen der Gesellschaften. Dementsprechend wird die

Jahresvergütung für 2006 an die Aufsichtsratsmitglieder der Holding bzw. der LBB nach dem jeweiligen Beschluss der Hauptversammlung beider Gesellschaften über die Gewinnverwendung und über die Entlastung des Aufsichtsrats gezahlt werden.

- Aufsichtsrat Holding:

Insgesamt sind an die Mitglieder des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG sowie seiner Ausschüsse für 2006 Gesamtbezüge von 420.542,-- € zu zahlen (ohne Umsatzsteuer).

- Aufsichtsrat LBB:

Insgesamt sind an die Mitglieder des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin AG sowie seiner Ausschüsse für 2006 Gesamtbezüge von 224.862,-- € zu zahlen (ohne Umsatzsteuer).

Außer den Gewerkschaftsvertretern sind alle Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrats der Holding Angestellte der LBB. Die bei der LBB angestellten Arbeitnehmervertreter der beiden Aufsichtsräte erhalten neben der Aufsichtsratsvergütung ihre Bezüge als Mitarbeiter. Im Jahr 2006 erhielten diese für ihre Tätigkeit oder für ihre ehemalige Konzernzugehörigkeit von der LBB oder einer ihrer Konzerngesellschaften insgesamt einen Betrag (inklusive Mitarbeitergehältern, Ruhestandsgehältern und Pensionen) in Höhe von 861 T€.

Mitglieder des Aufsichtsrats haben von der Bank insgesamt Vorschüsse oder Kredite erhalten bzw. es bestehen Haftungsverhältnisse im Volumen von 120 T€.

Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, wurden an die Mitglieder des Aufsichtsrats von der LBB nicht gezahlt bzw. gewährt.

Allgemeiner Verlauf im Überblick

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Konjunkturell gewann die Entwicklung in Deutschland 2006 an Schwung. Im Produzierenden Gewerbe verbesserte sich die Lageeinschätzung im Jahresverlauf kontinuierlich. Die Verlangsamung des Wachstums der US-Wirtschaft wirkte sich noch nicht auf die deutsche Konjunktur aus. Vielmehr bedingte eine rege Auslandsnachfrage mittelbar einen Anstieg der

Ausrüstungsinvestitionen im Inland. Die überdurchschnittliche Kapazitätsauslastung schlug sich mit Beginn des Frühjahrs 2006 auf den Arbeitsmarkt nieder. Es konnte ein Beschäftigungszuwachs an sozialversicherungspflichtigen Stellen beobachtet werden.

Für zusätzlichen Auftrieb sorgten Vorzieheffekte mit Blick auf den höheren Mehrwertsteuersatz ab 2007. Auf Seiten der Verbraucher war ein signifikanter Anstieg in den Anschaffungsplänen zu beobachten, der allerdings aufgrund nahezu unveränderter Einkommenserwartungen bestenfalls Nachfragespitzen hervorgerufen haben dürfte. Auf diese hatten sich das Verarbeitende Gewerbe und die Bauwirtschaft bereits frühzeitig eingestellt.

Nach fünf Jahren der Stagnation und des Rückgangs verzeichnete die Berliner Wirtschaft 2006 erstmals wieder eine Steigerung der Wirtschaftsleistung. Das Bruttoinlandsprodukt Berlins stieg im ersten Halbjahr 2006 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 0,8 % an.

Vor allem die Exporte Berlins nahmen aufgrund der starken Expansion der Weltwirtschaft im vergangenen Jahr deutlich zu. Weitere Impulse für die Konjunktur kamen darüber hinaus von der Binnennachfrage. Die Arbeitslosenquote in Berlin ging innerhalb eines Jahres um 1,5 Prozentpunkte zurück.

Die verbesserten gesamtwirtschaftlichen Bedingungen und das wirtschaftliche Wachstum Berlins wirkten sich positiv auf den Geschäftsverlauf in den Geschäftssegmenten aus. Allerdings schmolz das Zinsgefälle zwischen langfristigem Kapital- und kurzfristigem Geldmarkt im Jahresverlauf vollständig ab, so dass positiven Einflüssen auf Geschäftsvolumina und Risikoversorge negative Rückwirkungen auf den Zinsüberschuss gegenüberstanden. Bei anhaltendem Wettbewerbs- und Margendruck konnte die Bank im Geschäftsjahr 2006 die Erwartungen insgesamt übertreffen, wozu insbesondere der Erfolg aus der Veräußerung der Berliner Bank beigetragen hat.

Zu der Entwicklung des Personalbestandes verweisen wir auf die Darstellung im Anhang.

Restrukturierung und Neuausrichtung

EU-Beihilfeverfahren

Mit ihrer Entscheidung vom 18. Februar 2004 hatte die Europäische Kommission die beantragten Restrukturierungsbeihilfen für den Konzern der damaligen Bankgesellschaft Berlin AG in vollem Umfang genehmigt. Im Gegenzug musste die Bundesregierung verschiedene Zusagen hinsichtlich der Restrukturierung und Ausrichtung des Konzerns abgeben.

Zu Beginn des Berichtsjahres waren noch folgende Bedingungen der Beihilfegenehmigung umzusetzen:

- Abschluss der Veräußerung oder Liquidation der Beteiligungen an den Immobiliendienstleistungsgesellschaften bis zum 31. Dezember 2005. Diese Zusage wurde mit dem dinglichen Übergang der Beteiligungen an das Land Berlin am 30. Juni 2006 wirtschaftlich rückwirkend zum 1. Januar 2006 abgeschlossen. Der entsprechende Vertrag wurde Ende 2005 geschlossen. Die Bewertungen, welche dem im Jahre 2005 vereinbarten Kaufpreis zugrunde liegen, werden derzeit vertragsgemäß überprüft und gegebenenfalls angepasst.
- Verkauf der Niederlassung Berliner Bank der LBB bis zum 1. Februar 2007. Am 31. Dezember 2006 ging das Geschäft der Berliner Bank auf die Deutsche Bank Privatkunden AG über. Damit wurde auch diese Zusage termingerecht umgesetzt.
- Veräußerung der Anteile des Landes Berlin an der Holding, ehemals Bankgesellschaft Berlin AG, bis zum 31. Dezember 2007. Auch um die Veräußerung in geeigneter Weise vornehmen zu können, wurde die Landesbank Berlin – Girozentrale – zum 1. Januar 2006 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Ferner wurde nahezu das gesamte Vermögen der Holding auf die LBB übertragen. Diese Maßnahmen dienten der Vorbereitung der Gesamtbankprivatisierung im Sinne der Zusage an die EU-Kommission. Eine ausführliche Darstellung der Maßnahmen zur Vereinfachung der Konzernstruktur enthält der Abschnitt „Eine Bank“.

Die Bank steht hinsichtlich der Umsetzung der Zusagen in laufendem Kontakt mit den zuständigen nationalen und europäischen Behörden und berichtet regelmäßig über die erzielten Fortschritte an die Europäische Kommission.

Verkauf Berliner Bank

Die LBB schloss am 20. Juni 2006 einen Vertrag über den Verkauf der Berliner Bank an die Deutsche Bank AG („Signing“). Um den Geschäftsübergang zu ermöglichen, wurde zum 1. Oktober 2006 das Geschäft der Niederlassung Berliner Bank in die Berliner Bank AG & Co. KG eingebracht und verselbständigt. Sie verfügt über eine uneingeschränkte Bankerlaubnis gemäß § 32 KWG und ist Mitglied in der Einlagensicherung des Bundesverbandes deutscher Banken. Zu diesem Zweck gingen die im Einbringungsvertrag vereinbarten Kundenbeziehungen, Vermögensgegenstände und Mitarbeiter, welche der Niederlassung Berliner Bank der LBB zugeordnet waren, auf das neue Kreditinstitut über. Mit Ablauf des 31. Dezember 2006 übernahm die Deutsche Bank AG die Anteile an der Berliner Bank von der LBB („Closing“). Damit ist der Vorgang der Herauslösung, Veräußerung und Übertragung der Berliner Bank weitgehend abgeschlossen. Im Rahmen einer vertraglich vereinbarten Closing-Bilanzstellung wird derzeit der endgültige Kaufpreis ermittelt. Im Saldo übriger betrieblicher Aufwendungen und Erträge wird ein Veräußerungsgewinn von 452 Mio. € ausgewiesen. Der wirtschaftliche Erfolg aus dem Verkauf liegt bei 425 Mio. €. Dabei sind ergebnisneutrale Transaktionskosten in Höhe von 13 Mio. € sowie erforderliche Kaufpreisanpassungen, Rückstellungsbildungen für Risiken aus dem Kaufvertrag und nachlaufende Kosten sowie Sonderbonifikationen berücksichtigt.

„Eine Bank“

Anfang 2004 wurde das Projekt „Eine Bank“ initiiert. Sein Hauptziel war die Vereinfachung der Konzernstruktur. Dies wiederum sollte zu mehr Transparenz, einer verbesserten Steuerbarkeit und zum Abbau wirtschaftlicher Nachteile führen. Dem Titel des Projektes entsprechend sollten dazu die beiden noch selbständigen Kreditinstitute Bankgesellschaft Berlin AG und Landesbank Berlin – Girozentrale – zu einer Bank zusammengeführt werden. Ziel war es, die im Jahre 1818 gegründete Berliner Sparkasse fortzuführen. Das Vorhaben sollte auch die Ausgangsbasis für die von der Europäischen Kommission geforderte Privatisierung der Gesamtbank verbessern. Demnach muss das Land Berlin seine Anteile an der Holding in einem offenen, transparenten und diskriminierungsfreien Verfahren bis spätestens 31. Dezember 2007 veräußern.

Diese Ziele wurden mit Abschluss des Berichtsjahres vollständig erreicht. Das Projekt wurde in vier Schritten umgesetzt und erfolgreich abgeschlossen:

- Mit dem Berliner Sparkassengesetz vom 28. Juni 2005 hatte das Berliner Abgeordnetenhaus die rechtliche Grundlage für das Vorhaben geschaffen. Auf dieser Grundlage konnte die Landesbank Berlin – Girozentrale – zum 1. Januar 2006 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und mit der Trägerschaft für die Berliner Sparkasse beliehen werden. Diese wiederum wurde als teilrechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts organisiert. Sie erfüllt einen öffentlichen Auftrag im Dienste des Gemeinwohls für Berlin.
- Zum 1. Januar 2006 gründete die damalige Bankgesellschaft Berlin AG im Wege der rechtsformwechselnden Umwandlung auf der Grundlage des Berliner Sparkassengesetzes in entsprechender Anwendung der aktienrechtlichen Regelungen die Landesbank Berlin AG.
- Am 13. und 14. Juli 2006 beschlossen die Hauptversammlungen der beiden Gesellschaften, im Wege der Ausgliederung, das Vermögen der damaligen Bankgesellschaft Berlin AG mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2006 nahezu vollständig auf die Landesbank Berlin AG zu übertragen. Grundlage dafür war der Ausgliederungs- und Übernahmevertrag vom 29. Mai 2006. Die Beschlüsse wurden wirksam mit ihrer Eintragung im Handelsregister am 29. August 2006. Gleichzeitig wurde die Satzung der Bankgesellschaft Berlin AG an ihre neue Funktion angepasst. Seit erfolgter Ausgliederung nimmt die Bankgesellschaft Berlin AG als Konzernobergesellschaft im Wesentlichen die Funktion einer Finanzholding wahr, die Bankgeschäfte nicht mehr selbst durchführt und kein Kreditinstitut mehr ist. Folgerichtig änderte die Gesellschaft ihre Firma in „Landesbank Berlin Holding AG“. Zwischen der Holding und ihrer 100 %-igen Tochter, LBB besteht ein Ergebnisabführungsvertrag sowie eine steuerliche Organschaft. Schließlich schlossen die beiden Gesellschaften einen Geschäftsbesorgungsvertrag, weil die Holding über keine eigenen Mitarbeiter verfügt. Der Aufsichtsrat der Holding war von diesen Maßnahmen nicht betroffen. Der Vorstand der Holding wurde auf zwei Mitglieder verkleinert.
- Im September 2006 erfolgte als Abschluss des Projekts „Eine Bank“ die weitere Vereinheitlichung der Informationstechnologie durch die Fusion der vormals technischen eigenständigen Institute Bankgesellschaft Berlin AG, Landesbank Berlin AG und Berliner Sparkasse. Die Fusion verlief trotz hoher Risiken im Rahmen der Gesamtbankstrategie plangemäß und störungsfrei.

Am 19. Dezember 2006 erklärte der Vorstand der Holding gegenüber der BaFin, auf die Rechte der Gesellschaft aus ihrer Bankerlaubnis nach § 32 KWG zu verzichten. Die Erlaubnis zum Betreiben von Bankgeschäften wurde deshalb durch die BaFin zum 31. Dezem-

ber 2006 aufgehoben. Mit dem zugehörigen Abschlussbericht der Bank an die BaFin wurde das Projekt „Eine Bank“ auch formal beendet.

Weitere Maßnahmen

Nachdem 2005 die Sanierungs- und Restrukturierungsphase offiziell beendet wurde, werden dennoch Maßnahmen zur Senkung der Verwaltungskosten und Verbesserung der Ergebnisstruktur konsequent weitergeführt. Nachfolgend werden diese Schritte entlang der Geschäftsfelder erläutert.

Im Geschäftsfeld Private Kunden wurde ein Ertragssteigerungsprogramm in den Mittelpunkt gestellt, das auf der im Vorjahr erreichten Prozesseffizienz aufbauen konnte. Zum einen wurden die Systeme zur Unterstützung der Kundenansprache und Beratung weiterentwickelt. Zum anderen wurde das Qualitätsverständnis offensiv kommuniziert. Dadurch stieg die Vertriebskraft bei gleichzeitiger Erhöhung der Kundenorientierung. Neue Produkte und Partnerschaften in den wachstumsstarken Geschäften optimieren das Angebot an die Kunden und trugen dazu bei, die führende Marktstellung zu sichern.

Im Geschäftsfeld Firmenkunden wurden die Maßnahmen einer wertorientierten Vertriebssteuerung in den einzelnen Kundensegmenten und Vertriebskanälen im Jahr 2006 weiterentwickelt. Das Geschäftsjahr war vor allem durch den Ausbau der im Vorjahr eingeführten BusinessLine geprägt. Die Zertifizierung der BusinessLine durch den TÜV Rheinland im September 2006 unterstreicht die hohe Qualität der Prozesse und Serviceleistungen, die den gesamten Beratungsbedarf in diesem Segment abdeckten. Weitere Maßnahmen zur Optimierung einer Vielzahl von Prozessen und die konsequente systematische Hinterlegung in den IT-Systemen wurden vorangetrieben.

In der Immobilienfinanzierung wurden im Jahr 2006 weit über den Erwartungen liegende Vertriebsergebnisse erzielt, mit denen die Bank sich in der Spitzengruppe der Immobilienfinanzierer im Inland etablierte. Strategiekonform lag der Schwerpunkt bei Investorenfinanzierungen in Berlin und den Ballungsräumen der alten Bundesländer. Daneben wurden weitere erfreuliche Fortschritte in der Bereinigung des Bestandsportfolios erzielt.

Im Kapitalmarktgeschäft wurde insbesondere das kundenorientierte Geschäft intensiviert und durch organisatorische und technische Verbesserungen unterstützt.

Geschäftsverlauf 2006

Durch die Übernahme des operativen Geschäftes der Bankgesellschaft Berlin AG ist der unmittelbare Vergleich mit den Vorjahreszahlen nur wenig aussagekräftig. Wir haben daher nachfolgend, wie auch in der Gewinn- und Verlustrechnung, der Bilanz und im Anhang, gemäß § 265 Abs. 2 HGB ermittelte Vergleichszahlen für 2005 dargestellt. Die Vergleichszahlen unterstellen eine Übertragung der Geschäfte und der aus ihnen resultierenden Erfolge bereits in 2005. Veränderungen zum Vorjahr beziehen sich, soweit nicht im Einzelfall besonders angegeben, jeweils auf diese Vergleichszahlen.

Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2006 kam es erneut zu einer Verbesserung des Betriebsergebnisses der LBB. Neben einer weiteren Reduzierung der Verwaltungsaufwendungen war vor allem der Erfolg aus dem Verkauf der Berliner Bank Grundlage dieser Verbesserungen.

In der Folge konnte die Gewinnabführung an die Landesbank Berlin Holding AG im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesteigert werden.

Ergebnis der Landesbank Berlin

Ergebnis in Mio. €	2006	2005 Ist	2005 (Vergleichszahl)	Veränderung 2006 – 2005 (Vergleichszahl)	
				Mio. €	%
Zinsüberschuss	766	723	1.207	-441	-36,5
Provisionsüberschuss	298	275	277	21	7,6
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	-22	11	-2	-20	>100
Verwaltungsaufwendungen	985	718	1.014	-29	-2,9
Personalaufwand	460	299	464	-4	-0,9
Andere Verwaltungsaufwendungen	489	411	496	-7	-1,4
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	36	8	54	-18	-33,3
Saldo übriger betrieblicher Aufwendungen und Erträge	568	39	59	509	>100
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	625	330	527	98	18,6
Risikovorsorge	137	122	310	-173	-55,8
Risikovorsorge im Kreditgeschäft (netto)	78	103	70	8	11,4
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve	59	19	240	-181	-75,4
Betriebsergebnis	488	208	217	271	>100
Ergebnis aus Finanzanlagen	11	19	-46	57	<100
Saldo der übrigen Positionen	32	11	-9	41	<100
Ergebnis vor Steuern	531	238	162	369	>100
Ertragsteuern	-15	17	17	-32	<100
Ergebnis nach Steuern	546	221	145	401	>100
Vergütung stille Beteiligungen Land Berlin	78	78	78	0	0,0
Gewinnabführung LBB Holding	468	108	0	468	x
Jahresüberschuss	0	35	67	-67	-100,0

Das **operative Ergebnis** (Betriebsergebnis) der Bank hat sich gegenüber dem Vorjahreswert um 271 Mio. € auf 488 Mio. € kräftig erhöht. Diese positive Entwicklung basiert überwiegend auf dem im Saldo der übrigen betrieblichen Aufwendungen und Erträge enthaltenen Verkauf der Berliner Bank, wurde jedoch auch durch die weitere Reduzierung der Verwaltungsaufwendungen und der Risikoaufwendungen unterstützt.

Das **Ergebnis vor Steuern** konnte aufgrund geringerer außerordentlicher Aufwendungen und des Wegfalls besonderer Belastungen aus dem Verkauf des Immobiliendienstleistungsgeschäftes aus dem Vorjahr noch stärker um 369 Mio. € auf 531 Mio. € gesteigert werden.

Aufgrund steuerlicher Organschaft mit der Holding seit 2006 unterliegen die laufenden Ergebnisse keiner Ertragsteuerbelastung in der LBB. Das **Ergebnis nach Steuern** verbesserte sich um 401 Mio. € auf 546 Mio. €.

Aus dem Nachsteuerergebnis wurden die **Vergütungen für die stillen Beteiligungen des Landes Berlin** mit 78 Mio. € in gleicher Höhe wie im Vorjahr geleistet. Nach Berücksichti-

gung dieser vorrangig vor anderen Eigenkapitalansprüchen zu bedienenden Vergütung führte die LBB an die Muttergesellschaft einen Gewinn in Höhe von 468 Mio. € ab.

Der **Zinsüberschuss** lag mit 766 Mio. € deutlich unter dem vergleichbaren Vorjahresniveau, welches jedoch durch die Effekte aus Transaktionen im Zusammenhang mit dem Verkauf der Weberbank geprägt war. Einem Teil des ausgewiesenen Rückgangs im Zinsergebnis steht eine entsprechende Entlastung im Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve gegenüber.

Der **Provisionsüberschuss** beläuft sich auf 298 Mio. € und übertraf damit erneut deutlich das hohe Vorjahresniveau (277 Mio. €).

Das **Nettoergebnis aus Finanzgeschäften** spiegelt mit -22 Mio. € (im Vorjahr -2 Mio. €) unsere Handelsstrategie wider, bei der sich wesentliche Ergebniskomponenten im Zinsüberschuss niederschlagen.

Im **Saldo übriger betrieblicher Aufwendungen und Erträge** wirkt sich neben dem Erfolg aus der Veräußerung von Immobilien insbesondere der Effekt aus dem Verkauf der Berliner Bank mit 452 Mio. € aus.

Der **Verwaltungsaufwand** liegt mit 985 Mio. € um 2,9 % (29 Mio. €) unter dem vergleichbaren Vorjahreswert von 1.014 Mio. €. Während die Personalaufwendungen nur leicht zurückgingen, wirken sich in den Anderen Verwaltungsaufwendungen insbesondere verringerte IT-Aufwendungen aus.

Der Saldo der **Risikovorsorge** beläuft sich auf 137 Mio. € (Vorjahr 310 Mio. €). Die darin enthaltene Vorsorge für das Kreditgeschäft erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr leicht um 11,4 % auf 78 Mio. €. Der hohe Aufwand des Ergebnisses aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve im Vorjahr ist im Wesentlichen auf den Verkauf der Aktien der Weberbank zurückzuführen.

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** in Höhe von 11 Mio. € enthält Erfolge aus dem Verkauf von Beteiligungen. Im Vorjahr war es durch die Ausgliederungseffekte des Immobiliendienstleistungsgeschäftes belastet.

Im **Saldo der übrigen Positionen** in Höhe von 32 Mio. € ist das außerordentliche Ergebnis dargestellt.

Die **Gewinnabführung** der LBB an die Holding beträgt 468 Mio. €. Unter Berücksichtigung des zu verrechnenden Verlustvortrags und der Rücklagendotierung verbleibt ein Bilanzgewinn in der Holding von 153 Mio. €.

Vermögenslage

Die **Bilanzsumme** der Landesbank Berlin AG lag am 31. Dezember 2006 mit 110,7 Mrd. € auf dem Niveau des Vorjahres (110,1 Mrd. €). Der aus dem Verkauf der Berliner Bank resultierende Rückgang der Bilanzsumme um rund 5,4 Mrd. € konnte durch andere Geschäfte ausgeglichen werden.

Aktiva

Aktiva in Mio. €	2006	2005 Ist	2005 (Vergleichs- zahl)	Veränderung 2006 – 2005 (Vergleichszahl)	
				Mio. €	%
Forderungen an Kreditinstitute	30.849	46.954	30.749	100	+0,3
Forderungen an Kunden	24.472	22.949	27.484	-3.012	-11,0
Schuldverschreibungen	44.595	16.626	40.341	4.254	+10,5
Aktien	4.369	1.785	4.586	-217	-4,7
Beteiligungen / Anteile an verbundenen Unternehmen	1.355	201	1.387	-32	-2,3
Sachanlagen	126	90	165	-39	-23,6
Übrige Aktiva	4.908	1.785	5.351	-443	-8,3
Summe Aktiva	110.674	90.390	110.063	+611	+0,6

Die **Forderungen an Kreditinstitute** lagen mit 30,8 Mrd. € geringfügig über dem vergleichbaren Vorjahresniveau von 30,7 Mrd. €. Die gegenüber dem Ist 2005 geringere Vergleichszahl resultiert aus Geschäften zwischen der LBB und der damaligen Bankgesellschaft AG.

Die **Forderungen an Kunden** gingen um 11,0 % auf 24,5 Mrd. € (Vorjahr: 27,5 Mrd. €) zurück. Dieser Rückgang ist dem Verkauf der Berliner Bank geschuldet. Der Anteil der durch Grundpfandrechte gesicherten Kredite belief sich auf 8,4 % (Vorjahr: 11,1 %).

Das **Kreditvolumen** verringerte sich um 4,9 Mrd. € auf 29,1 Mrd. € und gliedert sich im Einzelnen wie folgt:

Kreditvolumen in Mio. €	2006	2005 Ist	2005 (Vergleichs- zahl)	Veränderung 2006 – 2005 (Vergleichszahl)	
				Mio. €	%
Wechselkredite (soweit nicht unter Forderungen aus- gewiesen)	0	1	1	-1	-100,0
Kredite an Kreditinstitute (Restlaufzeit über 1 Jahr)	4.601	5.218	6.482	-1.881	-29,0
Forderungen an Kunden	24.472	22.949	27.484	-3.012	-11,0
darunter:					
- Kommunalkredite	10.697	9.710	10.937	-240	-2,2
- durch Grundpfandrechte gesicherte Forderungen	2.051	2.985	3.062	-1.011	-33,0
- Übrige Kundenforderungen	11.724	10.254	13.485	-1.761	-13,1
Kreditvolumen	29.073	28.168	33.967	-4.894	-14,4

Der Bestand an **Risikovorsorge** im Kreditgeschäft beträgt 1,6 Mrd. € (Vorjahr: 3,2 Mrd. €). Die Veränderung resultiert im Wesentlichen aus der Ausbuchung nicht strategiekonformer Forderungen zu Lasten von Einzelwertberichtigungen.

In der Position **Aktien** und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, die sich um rund 0,2 Mrd. € auf 4,4 Mrd. € verminderte, sind sowohl Aktien des Handels- und des Liquiditätsbestandes, als auch Anteile an Investmentfonds enthalten.

Die Position **Schuldverschreibungen** und andere festverzinsliche Wertpapiere erhöhte sich nochmals deutlich um 4,3 Mrd. € auf 44,6 Mrd. € (Vorjahr: 40,3 Mrd. €). Der Anteil, der auf eigene Schuldverschreibungen entfällt, betrug 20,1 % nach 18,9 % im Vorjahr.

Passiva

Passiva in Mio. €	2006	2005 Ist	2005 (Vergleichs- zahl)	Veränderung 2006 – 2005 (Vergleichszahl)	
				Mio. €	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	44.980	27.160	37.808	7.172	+19,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	22.890	26.015	28.254	-5.364	-19,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	33.029	33.082	34.133	-1.104	-3,2
Rückstellungen	1.465	634	1.661	-196	-11,8
Nachrangige Verbindlichkeiten	2.396	818	2.459	-63	-2,6
Eigenkapital	2.457	2.063	2.857	-400	-14,0
davon:					
- gezeichnetes Kapital	1.200	0	1.200	0	0,0
- stille Einlagen	700	1.944	1.100	-400	-36,4
- Rücklagen / Bilanzgewinn	557	119	557	0	0,0
Übrige Passiva	3.457	618	2.891	+566	+19,6
Summe Passiva	110.674	90.390	110.063	+611	+0,6

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** erhöhten sich insbesondere im Geldhandel gegenüber dem Vorjahr um 7,2 Mrd. € auf 45,0 Mrd. €.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** gingen gegenüber dem Vorjahr ganz überwiegend aufgrund des Verkaufs der Berliner Bank um 5,4 Mrd. € auf 22,9 Mrd. € zurück.

Das Volumen der **Verbrieften Verbindlichkeiten** verzeichnete nach Jahren starken Wachstums im Geschäftsjahr 2006 einen Rückgang um 1,1 Mrd. € oder 3,2 % auf 33,0 Mrd. € (Vorjahr: 34,1 Mrd. €).

Rückstellungen werden in einer Gesamthöhe von 1.465 Mio. € (Vorjahr: 1.661 Mio. €) ausgewiesen. Hierin sind Pensionsrückstellungen mit 511 Mio. € enthalten. Die Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen haben sich weiter um 88 Mio. € auf jetzt noch 280 Mio. € reduziert.

Kapitalquoten

Die bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittel der LBB gemäß Kreditwesengesetz (KWG) zum 31. Dezember 2006 (nach Feststellung des Jahresabschlusses) betragen insgesamt 3,4 Mrd. €. Bezogen auf die Risikopositionen in Höhe von 32,1 Mrd. € errechnen sich daraus eine Gesamtkennziffer gemäß KWG-Grundsatz I von 9,7 % (Vorjahr: 10,4 %) und eine Kernkapitalquote von 6,9 % (Vorjahr: 7,8 %).

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

Risikobericht

Mit Beginn des Geschäftsjahres 2006 firmiert die Landesbank Berlin – Girozentrale – als Landesbank Berlin AG (LBB). Nahezu das gesamte Geschäft der Bankgesellschaft Berlin AG wurde im Geschäftsjahr auf die LBB übertragen, sodass auch dessen Risiken in die LBB übergeleitet wurden. Die Firma der Bankgesellschaft Berlin AG wurde in Landesbank Berlin Holding AG (Holding) umbenannt. Zwischen der Landesbank Berlin AG und der Holding besteht ein Ergebnisabführungsvertrag. Ausführliche Erläuterungen hierzu sind in den Abschnitten Unternehmensdarstellung / Organisatorische und rechtliche Struktur sowie Restrukturierung und Neuausrichtung des Lageberichts zu finden.

Grundsätze für das Risikomanagement und –controlling

Die LBB geht Risiken auf Grundlage der vom Vorstand verabschiedeten und kommunizierten Risikostrategie ein.

Die zuständigen Risikocontrolling-Einheiten haben als unabhängige Stellen die Aufgabe, die Risiken zu identifizieren, zu bewerten, die Risikosteuerung im Unternehmen zu unterstützen und das Management regelmäßig zu informieren.

Im Risikohandbuch wird beschrieben, welche Risikoarten in der LBB vorhanden sind, wie das Risikomanagementsystem aufgebaut ist, wie die konzerneinheitlichen Risikomessmethoden beschaffen sind, aus welchen Bestandteilen das Risikofrüherkennungssystem besteht, welche Regelungen und Zuständigkeiten hinsichtlich des Risikomanagements sowie welche Berichtsstrukturen es gibt.

Gesamt-Risikosteuerung

Die ganzheitliche Risikosteuerung der LBB erfolgt durch das mit allen Vorständen besetzte Risk Review Komitee (RRK). Das RRK nimmt im Einklang mit der geschäftspolitischen Ausrichtung unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Risikotragfähigkeit und der aufsichtsrechtlichen Regelungen eine Risikobegrenzung und Risikoallokation in den verschiedenen Unternehmen und organisatorischen Einheiten des Konzerns vor, beispielsweise durch Limite oder Strukturvorgaben. Anhand des vorgelegten Konzernrisiko-Reports, in dem alle Risi-

koarten zusammengefasst dargestellt werden, diskutiert das RRK monatlich die Gesamt-Risikolage und reagiert gegebenenfalls mit entsprechenden Entscheidungen.

Inhaltlich werden in der LBB folgende Risikokategorien unterschieden:

- Adressenausfallrisiken
 - Kreditrisiken
 - Länderrisiken
 - Kontrahentenrisiken
 - Anteilseignerrisiken
- Liquiditätsrisiken
- Marktpreisrisiken
- Immobilienrisiken
- Operationelle Risiken
- Sonstige Risiken

Im Verlauf des Berichtsjahres wurde das interne Risikotragfähigkeitskonzept methodisch abgeschlossen. Es beinhaltet ein System von Messverfahren und Limitierungen aller wesentlichen Risiken, das die Überschreitung eines vorgegebenen maximalen Vermögenswertverlusts bis auf eine geringe Restwahrscheinlichkeit ausschließt. Dabei sind nun für alle Risikokategorien interne Risikomessmethoden implementiert worden. Aufbauend auf den erfassten einzelnen Risikoarten wird das Gesamtrisiko durch Aggregation der Einzelrisiken unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zwischen den Risikoarten ermittelt. Die Bewertung der Gesamtrisikolage erfolgt durch Gegenüberstellung des zur Deckung der Risiken zur Verfügung stehenden Kapitals (Risikodeckungsmasse). Einbezogen sind Adressenausfallrisiken inkl. Anteilseignerrisiken, Marktpreisrisiken, operationelle Risiken und Restrisiken. Seit März 2006 wird zusätzlich die Kategorie Immobilienrisiko einbezogen. Bei den Kreditrisiken wird seit Anfang 2006 das Risikokapital nach dem internen Kreditportfoliomodell (Credit-Value-at-Risk) ermittelt. Mit diesem risikoadäquateren Verfahren können auch Risikokonzentrationen besser erfasst werden.

Um Risikobewertungen besser interpretieren zu können, wird das Gesamtbankrisiko nunmehr für unterschiedliche Konfidenzniveaus berechnet. Die Ergebnisse werden bestimmten Verlustszenarien (z.B. Verlust in Höhe des geplanten Jahresergebnisses, Unterschreiten der aufsichtsrechtlichen Gesamtkennziffer) gegenübergestellt.

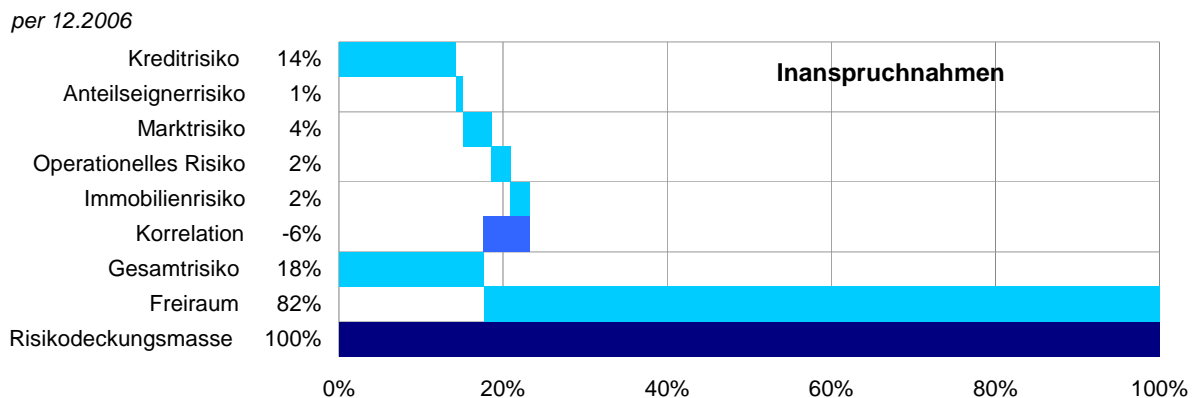
Um die Gesamtbanksteuerung weiter zu verbessern, wurde ein Risikokapital auf Gesamtebene und für die Geschäftsfelder festgelegt. Das Risikokapital existiert zusätzlich zu den bereits bestehenden Limiten und fungiert als von den strategischen Zielen abgeleitete Beobachtungsgrenze. So können bei Annäherung an diese Grenze bereits frühzeitig Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

Zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit wurden ein Limitsystem und davon abgeleitete Eskalationsprozesse verabschiedet. Diese wurden 2006 auch auf die Geschäftsfelder ausgeweitet. Sollte es zu einer Annäherung an eines der Limite kommen, das heißt in der Regel zu einer Risikoauslastung von mehr als 90 %, entscheidet das RRK über Maßnahmen, um Limitüberschreitungen zu verhindern.

Auf LBB- und Konzernebene gab es im Berichtsjahr sowohl hinsichtlich der Inanspruchnahmen als auch der gesetzten Limite jederzeit einen ausreichenden Freiraum. Auch die aufsichtsrechtlichen Anforderungen wurden stets mit deutlichem Freiraum eingehalten.

Die prozentualen Inanspruchnahmen je Risikoart, das Gesamtrisiko und der daraus resultierende Freiraum stellen sich zum 31. Dezember 2006 in der LBB wie folgt dar:

Inanspruchnahmen nach Risikoarten für die LBB zum 31. Dezember 2006



Bei der Zusammenfassung zum Gesamtrisiko können Rundungsdifferenzen auftreten.

Basel-II-Umsetzung

Die Anforderungen der neuen Solvabilitätsverordnung, basierend auf den Rahmenbedingungen des II. Basler Accords (Basel II), die ab dem 01. Januar 2007 in Kraft getreten sind, setzten der Konzern und die LBB im Rahmen eines Projektes mit folgenden Zielen erfolgreich um:

- Sicherstellung der Meldefähigkeit nach Basel II unter Berücksichtigung der relevanten Töchter und Beteiligungen
- Eigenkapitalschonende Umsetzung der Baseler Anforderungen
- Vorbereitung der nach Basel II erforderlichen Erweiterung der Risikosteuerung
- Anpassung der betroffenen Kredit- und Meldewesenprozesse
- Erfüllung der Offenlegungsanforderungen

Umgesetzt wurde der auf internen Ratings beruhende IRB-Basisansatz zur Berechnung der Eigenkapitalanforderung für Kreditrisiken. Die Verwendung dieses Ansatzes reduziert die Eigenkapitalbelastung gegenüber dem Standardansatz. In der zweiten Hälfte des Jahres 2006 erfolgte die Abnahmeprüfung durch die Bankenaufsicht. Als Resultat wurde dem Konzern wie auch der LBB die Zulassung zur Nutzung der im Projekt umgesetzten Lösung zur Eigenkapitalberechnung ausgesprochen. Die technische Umsetzung erfolgte entsprechend der IT-Strategie der LBB auf SAP-Basis. Dazu wurde die SAP-Basel-II-Lösung implementiert, die auf einer zentralen Datenhaltung basiert.

Umsetzung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk)

Die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) geben auf der Grundlage des § 25a Abs. 1 KWG einen Rahmen für die Ausgestaltung des Risikomanagements in Kreditinstituten vor. Die MaRisk ersetzen die Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften (MaH), Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft der Kreditinstitute (MaK) und die Mindestanforderungen an die Ausgestaltung der Internen Revision der Kreditinstitute (MaIR); die neuen Bestimmungen sind grundsätzlich zum 1. Januar 2007 zu erfüllen.

Das Projekt zur Umsetzung in der LBB und auch in den Teilunternehmen ist erfolgreich beendet worden. Die neuen Anforderungen der MaRisk etwa für operationelle Risiken oder für das Risikomanagementsystem auf Gesamtbankebene waren bereits größtenteils umgesetzt. Der bereits bestehende New Product Prozess bei Handelsgeschäften wurde auf Nicht-Handelsgeschäfte erweitert. Handlungsbedarf bestand im Wesentlichen darin, die umfangreichen Dokumentationsanforderungen zu erfüllen und die Dokumentenstruktur und Inhalte entsprechend der MaRisk-Anforderungen anzupassen. Die entsprechende Überarbeitung der Risikostrategie und des Risikohandbuchs ist abgeschlossen.

Adressenausfallrisiken

Das Adressenausfallrisiko wird als das Risiko eines Verlusts oder entgangenen Gewinns aufgrund des Ausfalls eines Geschäftspartners definiert. Dabei werden die oben genannten Risikokategorien (siehe Gesamt-Risikosteuerung) unterschieden. Das Settlementrisiko, das heißt das Risiko, dass am Zahlungstermin trotz eigener Leistung keine Gegenleistung erfolgt, wird als Unterart des Kontrahentenrisikos definiert. Emittentenrisiken werden als Teil des Adressenausfallrisikos betrachtet.

Kreditrisiken

Bei der Steuerung der Kreditrisiken ist es das übergeordnete Ziel, die Risikopotenziale der LBB zu messen, zu überwachen und unter Risiko-Rendite-Gesichtspunkten zu optimieren. Dazu ist es notwendig, die Risiken des Neugeschäfts zu erkennen, abzuwägen und zu begrenzen, die Risiken des vorhandenen Portfolios zu identifizieren und zu messen sowie die Struktur des Kreditportfolios zu diversifizieren und damit die Risikopotenziale insgesamt zu steuern.

Das Kreditrisikomanagement und -controlling in der LBB wurde weiter ausgebaut. Basis hierfür ist die Kreditevidenzdatenbank, in der risikorelevante Daten aller Produkte von allen Teilbanken und allen Kunden erfasst und konsolidiert werden. Darauf aufbauend werden in einem Limitmanagementsystem die Portfolios limitiert und gesteuert.

Durch die kontinuierliche Verbesserung des regelmäßigen Kreditrisikoreportings haben wir die Transparenz über die Strukturen und die Entwicklungen in den Kreditportfolios weiter erhöht. Durch zahlreiche Aktivitäten zur systematischen und zielgerichteten Verbesserung

der Datenqualität wurde die Aussagekraft des Reportings und die Genauigkeit der Portfoliosteuerung weiter verbessert.

Im Berichtsjahr wurde ein einheitliches Sicherheitenmanagementsystem - das System SMS der FinanzIT - in der LBB eingeführt. Dieses gewährleistet eine institutsweit konsistente Erfassung der Sicherheitenobjekte und Sicherheitenverträge. Damit werden Auswertungen zur Besicherung der Kreditengagements auf Portfoliobasis zeitnäher und effizienter möglich.

Kreditrisikomessverfahren

Die Gefahr des Ausfalls eines einzelnen Kreditnehmers wird anhand eines Bonitätsratings beurteilt. Im Rahmen der Kreditanalyse erfolgt die Ermittlung einer Ratingklasse für jeden Kreditnehmer. Den insgesamt 18 Ratingklassen ist jeweils eine Ausfallwahrscheinlichkeit zugeordnet. Dies gewährleistet die Vergleichbarkeit der Kreditnehmerbonitäten über Segmente hinweg. Ebenso ist die Ratingklasse Voraussetzung für die im Folgenden beschriebenen Verfahren zur Quantifizierung der Portfoliorisiken.

In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) und den anderen Landesbanken hat die LBB in den vergangenen Jahren Ratingsysteme entwickelt, welche die Ausfallrisiken der Kreditnehmer trennscharf quantifizieren. Durch laufendes Backtesting und daraus resultierende Anpassungen wird die Vorhersagegüte der Ratingsysteme ständig verbessert. Für alle relevanten Kreditnehmersegmente werden mittlerweile moderne Ratingverfahren eingesetzt. Im Rahmen der in der Regel jährlichen Aktualisierung wurden nahezu alle Kreditnehmer mit einem der neuen Verfahren beurteilt.

Die Pflege und Weiterentwicklung der aufgeführten Verfahren erfolgt gemeinschaftlich im Rahmen der bewährten Kooperationen.

Die Kreditvergaberichtlinien und die Kompetenzordnung basieren auf der Risikoklasse. Diese beinhaltet neben der ermittelten Ausfallwahrscheinlichkeit aus dem Rating auch die gestellten Sicherheiten und gibt somit einen Überblick über das Verlustpotenzial eines Engagements. Die Prozesse zur Neubewertung der Sicherheiten garantieren, dass die Werthaltigkeit der Sicherheiten regelmäßig überprüft wird.

Statistisch validierte Aussagen zu den Verlustpotenzialen (den sogenannten Loss-Given-Default-Quoten) basieren auf Schätzungen im Rahmen von Projekten mit anderen Landes-

banken. Im Berichtsjahr wurde insbesondere die Schätzung der Verlustquoten für das Retailgeschäft in Zusammenarbeit mit dem DSGV weiterentwickelt.

Kreditportfoliomodell

Die quantitative Analyse der Kreditrisiken auf Basis statistischer Verfahren wird für Kreditportfolien auf Basis des selbstentwickelten Kreditportfoliomodells durchgeführt. Dieses Modell, das auf einer konzernspezifischen Adaption von Standardmodellen basiert, erlaubt die Aggregation der kreditnehmerbezogenen Kreditrisiken zu einer Risikokennzahl auf Portfolioebene, dem sogenannten Credit-Value-at-Risk (CVaR). Diese Kennzahl wird täglich auf Basis des Konfidenzniveaus 99,9 % mit einer Haltedauer von einem Jahr für die wesentlichen Konzern-, Teilbank- und Geschäftsfeld-Portfolios ermittelt und fließt in den monatlichen Gesamtrisikoreport sowie die Risikotragfähigkeitsberechnungen ein.

Aufgrund der zentralen Bedeutung für die Kreditrisikomessung wurde das Kreditportfoliomodell auch im Berichtsjahr durch den Wirtschaftsprüfer einer vorgezogenen Prüfung unterzogen. Dabei wurde die grundsätzliche Eignung des Modells, die Kreditrisiken sachgerecht zu quantifizieren, bestätigt. Die Bewertung resultiert in der Feststellung: „Die Bank setzt mit dem CreditVaR-Modell ein sehr modernes und effizientes Instrument zur Messung der Kreditrisiken im Konzern ein. Die Vorkehrungen und Strukturen zur Erfassung des Adressenausfallrisikos auf Portfolioebene der Bank halten wir insgesamt für angemessen. Auf den bestehenden Verbesserungsbedarf haben wir hingewiesen. Die Integration dieses Instruments in den Steuerungsprozess der Konzernkreditrisiken muss weiter verfolgt werden.“

Aufgrund der hohen Sensitivität des Kreditportfoliomodells bezüglich Risikokonzentrationen ist eine Steuerung des Neugeschäfts hin zu einer größeren Risikodiversifikation gewährleistet.

Portfoliosteuerung

Auch im Berichtsjahr hat die LBB den Prozess der operativen Steuerung und Limitierung der Kreditrisiken weiterentwickelt.

Das Neugeschäft und der Kreditbestand werden täglich durch Portfolio-Limite auf Basis des Kreditportfoliomodells begrenzt. Dazu existieren Limite für den erwarteten Verlust wie auch den unerwarteten Verlust zu verschiedenen Konfidenzniveaus der Portfolien der Geschäftsfelder wie auch der Teilbanken und des Konzerns. Zusätzlich werden Länder- und Transfer-

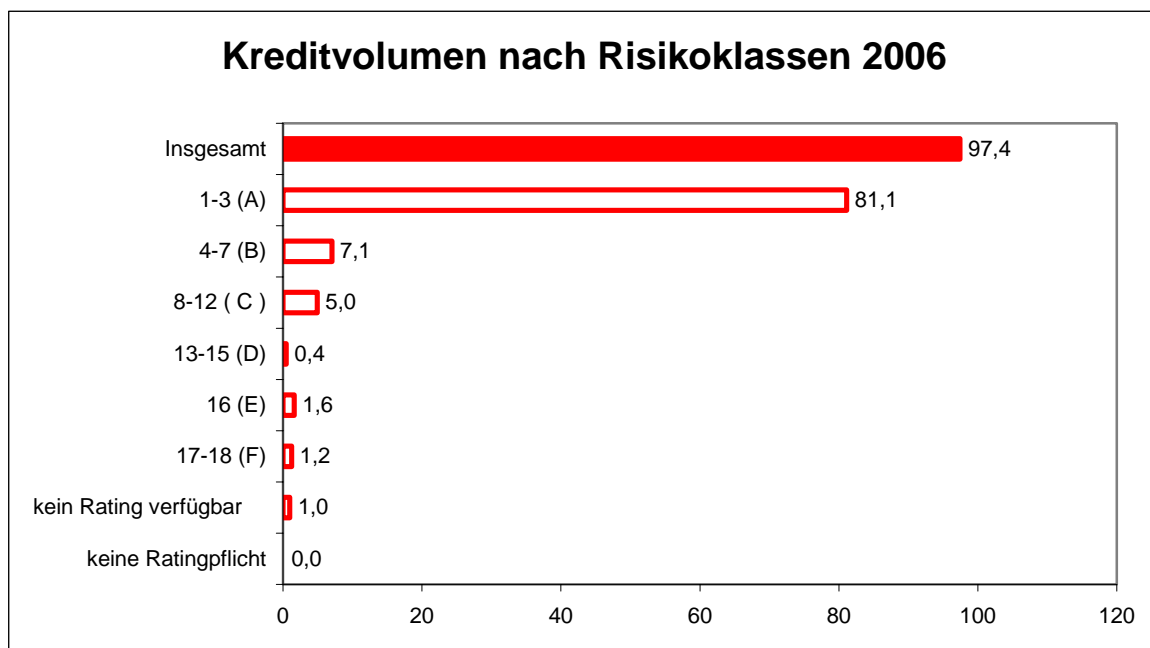
risiken über volumensbasierte Länderlimite beschränkt. Die Limithöhen werden unter Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Einflüsse und der tatsächlichen Entwicklung des Kreditportfolios vom Vorstand auf Empfehlung des Kreditrisikokomitees beschlossen.

Neben dieser Limitierung erfolgt ein regelmäßiges Reporting der Kreditvolumen nach Branchen / Bonitäten. Dieses ermöglicht die strategische Steuerung der Portfolios.

Eine gesonderte Votierungseinheit des Risikocontrollings, die für Kreditengagements, für die der Gesamtvorstand zuständig ist, ein zusätzliches Votum abgibt, prüft die Portfolioverträglichkeit von Großengagements.

Struktur des Kreditportfolios der LBB

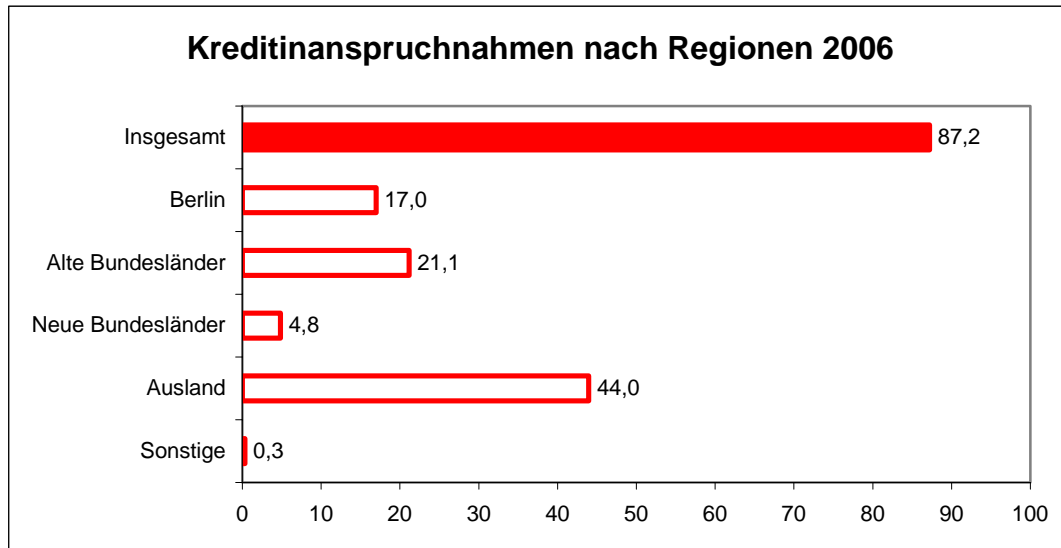
Kreditvolumen¹ nach Risikoklassen² in Mrd. € per Jahresende 2006



¹ Kreditvolumen: Kreditanspruchnahme zuzüglich nicht ausgenutzter Limite, die Kunden extern zugesagt wurden.

² Die Risikoklasse wurde ermittelt aus Bonitätsklasse unter Berücksichtigung werthaltiger Sicherheiten. Die in den Vorjahren verwendete Aufteilung in Risikoklassen (A bis F) wurden durch die Risikoklassen 1 – 18 ersetzt.

Kreditinanspruchnahmen nach Regionen³ in Mrd. € per Jahresende 2006



Länderrisiken

Das Auslandsgeschäft der LBB spielt außerhalb des Kapitalmarktgeschäfts nur eine untergeordnete Rolle. Der überwiegende Anteil befindet sich in Ländern mit den besten Länderratings. Zur Steuerung wurden eine Zielregion (Europa, Nordamerika sowie GUS), eine Nichtzielregion und Sonderfälle (beispielsweise für einzelne Handelsgeschäfte) definiert.

Länderrisiko LBB⁴

Beträge in Mio. €

Land	Kreditvolumen	Erwarteter Verlust
Zielregion	42.519,5	4,5
davon GUS	1.074,4	4,2
Nicht-Zielregion	313,3	1,3
Sonderfälle	2.069,6	0,1

³ Die Zuordnung erfolgt aufgrund der Länderschlüssel und der Adresse des Kreditnehmers.

⁴ Kreditexposure: Kreditinanspruchnahme zuzüglich nicht ausgenutzter Limite, die Kunden extern zugesagt wurden.

Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften

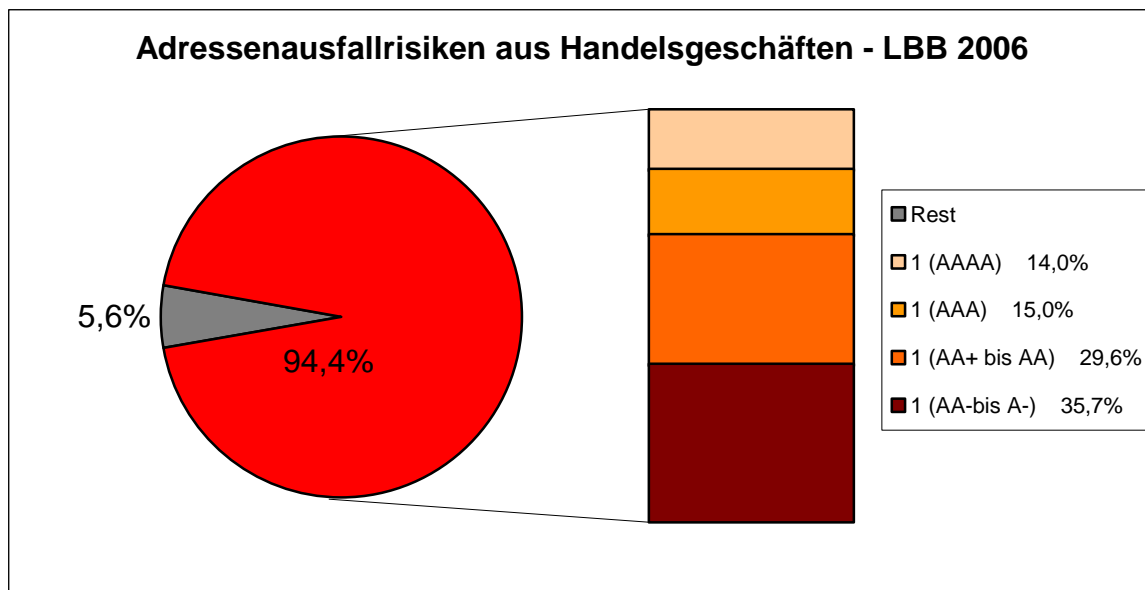
Die Adressenausfallrisiken des Handelsgeschäfts werden limitiert und laufend überwacht. Hierbei wird unterschieden zwischen Kontrahenten-, Emittenten- und Kreditrisiken.

Durch einen täglichen Report stehen dem Handel Informationen über Limite, Inanspruchnahmen und frei verfügbare Limite zur Verfügung. Im Rahmen eines automatisierten Pre-Deal-Limit-Checks werden geplante Geschäfte vor Abschluss den Limiten gegenübergestellt.

Kontrahenten- und Settlementrisiken werden kontinuierlich auf Ebene der einzelnen Kreditnehmer sowohl für den Konzern als auch für die Teilinstitute überwacht und täglich an den Vorstand berichtet.

Die Kreditrisiken des Handels werden über Vereinbarungen zum Close-Out-Netting reduziert. Diese ermöglichen es uns, im Falle einer Kreditverschlechterung des Kontrahenten, in jedem Fall jedoch bei Insolvenz, Forderungen und Verbindlichkeiten gegeneinander aufzurechnen. Zusätzlich werden weitere risikomindernde Maßnahmen wie der Austausch von Collaterals und der Abschluss von Kreditderivaten durchgeführt.

Die LBB handelt überwiegend mit Adressen guter und sehr guter Bonität. Für Emittentenrisiken des Handels, die strengen Kriterien unterliegen und eine Laufzeit von weniger als 90 Tage aufweisen, kann MaRisk-konform der Kreditprozess vereinfacht werden. Für diese Positionen wird kein Rating erstellt. Sie werden in der folgenden Graphik unter der Kategorie „Rest“ mit ausgewiesen.



Angaben zu den Derivatevolumina sind im Anhang zu finden.

Bildung der Kreditrisikovorsorge

Gefährdete Engagements fallen prinzipiell in die Bearbeitungszuständigkeit und Verantwortung der Risikobetreuungsbereiche, bei denen auch die Kompetenz für Einzelwertberichtigungen liegt. Oberhalb definierter Betragsgrenzen ist die Zustimmung von einzelnen Vorstandsmitgliedern oder des Gesamtvorstands erforderlich.

In einem Report an den Vorstand wird auf monatlicher Basis sowohl über die unterjährig gebildete Risikovorsorge als auch über die erwartete weitere Entwicklung berichtet.

Die Höhe der Einzelwertberichtigungsvorschläge beruht auf fest definierten Kriterien, die unter anderem von der Art der Sicherheit beziehungsweise vom Status des Engagements (Sanierung oder Abwicklung) abhängen.

Auch für Engagements, die keine Einzelwertberichtigung erhalten, wird im Sinne einer Portfoliobetrachtung der Kreditrisikovorsorgebedarf ermittelt. Bei dessen Berechnung gehen die Ergebnisse der oben beschriebenen Weiterentwicklungen des Kreditrisikomessverfahrens (z.B. Rating, Ausfallwahrscheinlichkeit, Loss-Given-Default-Quote) ein. Der Portfoliowertberichtigungsbedarf nach IAS / IFRS resultiert aus diesen Berechnungen und wird quartalsweise festgelegt.

Anteilseignerrisiken

Die Anteilseignerrisiken sind in die internen Risikotragfähigkeitsberechnungen integriert. Bei der Ermittlung des Risikokapitals für Beteiligungen werden neben den Buchwerten auch Ausfallwahrscheinlichkeiten, Haftungsverhältnisse und gegebenenfalls Liquidationszeiträume sowie Experteneinschätzungen berücksichtigt. Hierdurch wird sichergestellt, dass Risiken, die mit der Eigenkapitalvergabe verbunden sind, möglichst vollständig abgebildet werden.

Die Beteiligungen des Konzerns sind grundsätzlich den Geschäftsfeldern zugeordnet. Eine Ausnahme bilden lediglich bestimmte Unternehmen, die in erster Linie zentrale Dienstleistungen erbringen und deshalb zentral verantwortet werden.

Das für das jeweilige Geschäftsfeld steuerungsverantwortliche Management legt sowohl die operativen als auch strategischen Ziele der Beteiligungen als Voraussetzung für eine daraus abzuleitende operative Planung und Steuerung fest. Die Beteiligungen sind Bestandteil der Risikostrategie des Geschäftsfelds, dem sie zugeordnet sind.

Der Vorstand wird monatlich über die Risikolage informiert.

Das Projekt „Reduzierung des Beteiligungsportfolios“ wurde im Berichtsjahr erfolgreich abgeschlossen. Einzelne Beteiligungen werden im Rahmen der Wahrnehmung der Steuerungsverantwortung das Portfolio noch verlassen.

Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld der Beteiligungen werden regelmäßig durch ein Benchmarking mit externen Branchenratings festgestellt und analysiert.

Im Berichtsjahr wurde die Kategorie Immobilienrisiken eingeführt. Die Risiken aus Grundstücksgesellschaften, die im Vorjahr unter Anteilseignerrisiken ausgewiesen wurden, erscheinen in der neuen Kategorie. Darüber hinaus werden einige Gesellschaften nun nicht mehr dem Anteilseignerrisiko zugeordnet, sondern es erfolgt eine detailliertere, risikoartenbezogene Betrachtung und entsprechend der Ausweis unter Markt-, Immobilien- oder Adressenausfallrisiko. Insgesamt hat sich die Risikokennziffer bei den Anteilseignerrisiken gegenüber dem Vorjahr im Konzern um 60 % reduziert.

Eine Auflistung des wesentlichen Anteilsbesitzes findet sich als Anlage zum Anhang.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko ist die Gefahr, dass die Bank zu irgendeinem Zeitpunkt nicht in der Lage sein könnte, ihren ordnungsgemäßen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht und im vollen Umfang zu entsprechen (Zahlungsfähigkeit). Wir unterteilen es in das Beschaffungs- und das Fristenrisiko.

Das Beschaffungsrisiko stellt das Risiko dar, kurzfristigen, fälligen offenen Zahlungsverpflichtungen in den nächsten 30 Tagen bei einem versperrten Zugang zum unbesicherten Geldmarkt im Krisenfall nicht mehr nachkommen zu können.

Das Fristenrisiko beinhaltet die Gefahr, fällige, ursprünglich mittel- und längerfristige Refinanzierungsmittel, denen keine entsprechende Aktivfälligkeit gegenüber steht, aufgrund von Bonitätsproblemen oder aus marktbedingten Gründen nur noch kurzfristig prolongieren zu können.

In der LBB wird das Liquiditätsrisiko nach § 11 Kreditwesengesetz (KWG) und dem internen Liquiditätsrisikomessverfahren überwacht.

Teilinstitut	Liquiditätskennziffer gemäß Grundsatz II
LBB	1,88

Messung und Limitierung von Liquiditätsrisiken

Zusätzlich wird für die LBB ein deutlich über den Grundsatz II hinausgehendes Liquiditätsrisiko-Controlling durchgeführt, das den bankinternen Rahmen für die Messung und Limitierung von Liquiditätsrisiken bildet und den Bedürfnissen des Konzerns angepasst ist. Somit gilt das nachfolgend beschriebene Verfahren insbesondere auch für die LBB.

Grundlage für alle Liquiditätsrisiko-Betrachtungen durch das Risikocontrolling ist die Kapitalablaufbilanz, die das Cashflow-Profil der Bank abbildet. Bestandteil der Kapitalablaufbilanz sind Annahmen über die Prolongation von Aktivfälligkeiten sowie die Aussteuerung von konzerninternen Zahlungen, um die tatsächliche Liquiditätswirksamkeit jedes Cashflows korrekt darzustellen.

Hiervon ausgehend werden im kurzfristigen Bereich mit einer Laufzeit von bis zu 30 Tagen die täglich zu deckenden Refinanzierungssalden ermittelt. Diese werden durch das Risikocontrolling daraufhin überwacht, dass auch unter restriktiven Annahmen die jederzeitige Liquidität des Konzerns gewährleistet ist. Die Annahmen unterstellen dabei in unterschiedlicher Ausprägung den Abfluss kurzfristiger Einlagen, die Ziehung zugesagter Kreditlinien und Abschläge bei der Verwertung von Wertpapierbeständen zum Zweck der Liquiditätsgenerierung. Die hierbei getroffenen Annahmen gehen zum Teil von deutlich höheren Liquiditätsbelastungen aus als sie durch den Grundsatz II angenommen werden und sind somit im Hinblick auf die Beurteilung der Liquiditätssituation deutlich konservativer. Zudem wird in allen Szenarien einheitlich unterstellt, dass der Zugang zu unbesicherten Refinanzierungsquellen nicht mehr zur Verfügung steht und die Refinanzierung für jeden Tag im betrachteten Zeitraum ausschließlich über die freien Wertpapierbestände zu sichern ist. Hierbei wird die potenzielle Liquidierbarkeit jedes Wertpapiers im Hinblick auf Verwertungszeiträume und Verwertungskosten berücksichtigt.

An diese Risikobetrachtung schließt sich im Laufzeitbereich von 31 bis 360 Tagen die Limitierung der Refinanzierungssalden in diesen Fälligkeiten an. Hierzu werden die Cashflows in verschiedene, teilweise überlappende Laufzeitbänder eingeteilt. Dadurch wird in einem unterstellten Krisenfall, in dem der Zugang zur mittel- und längerfristigen unbesicherten Geldmarkrefinanzierung beeinträchtigt ist, der zusätzliche Bedarf an kurzfristigen Refinanzierungsmitteln begrenzt. Die Obergrenzen der Limite basieren auf der für den gesamten Zeitraum verfügbaren Wertpapierliquiditätsreserve. Neben dieser Begrenzung durch die unverbrauchte Liquiditätsreserve werden die Salden auch nominell limitiert.

Eine Darstellung der Liquiditätsrisikosituation, der aktuellen Risikoausnutzungen und des kurzfristigen Refinanzierungsbedarfs wird dem Vorstand im zweiwöchentlichen Turnus im Rahmen der Sitzungen des Dispositionsausschusses zur Verfügung gestellt.

Das Reporting beinhaltet die Überwachung von Vorwarnstufen, bei deren Erreichen definierte Eskalationsmaßnahmen greifen.

Die Auslastung der Limite war 2006 sowohl für das Beschaffungs- als auch für das Fristenrisiko zum Jahresende und auch im Jahresverlauf unbedenklich.

Marktpreisrisiken

Die LBB geht Marktpreisrisiken in Form von Zins-, Währungs- und Aktienrisiken sowie sonstigen Preisrisiken in den Geschäftsfeldern des Kapitalmarktgeschäfts (Handel) sowie im Zinsmanagement (Bankbuch) ein.

Handels- und Bankbuchaktivitäten

Die Handelsaktivitäten sind in die schriftlich fixierten Einzelstrategien der jeweiligen Geschäftsfelder des Kapitalmarktgeschäfts eingebunden. Sowohl für Handels- als auch Bankbuchaktivitäten wird auf Basis des Risikotragfähigkeitskonzeptes und der Jahresplanung der strategische Rahmen in konkrete Jahresziele [Capital-at-Risk⁵ (CAR)-Limite] transformiert und vom Vorstand verabschiedet.

Capital-at-Risk-Limite und –Inanspruchnahmen 2006

in Mio. €

Capital-at-Risk LBB AG 2006

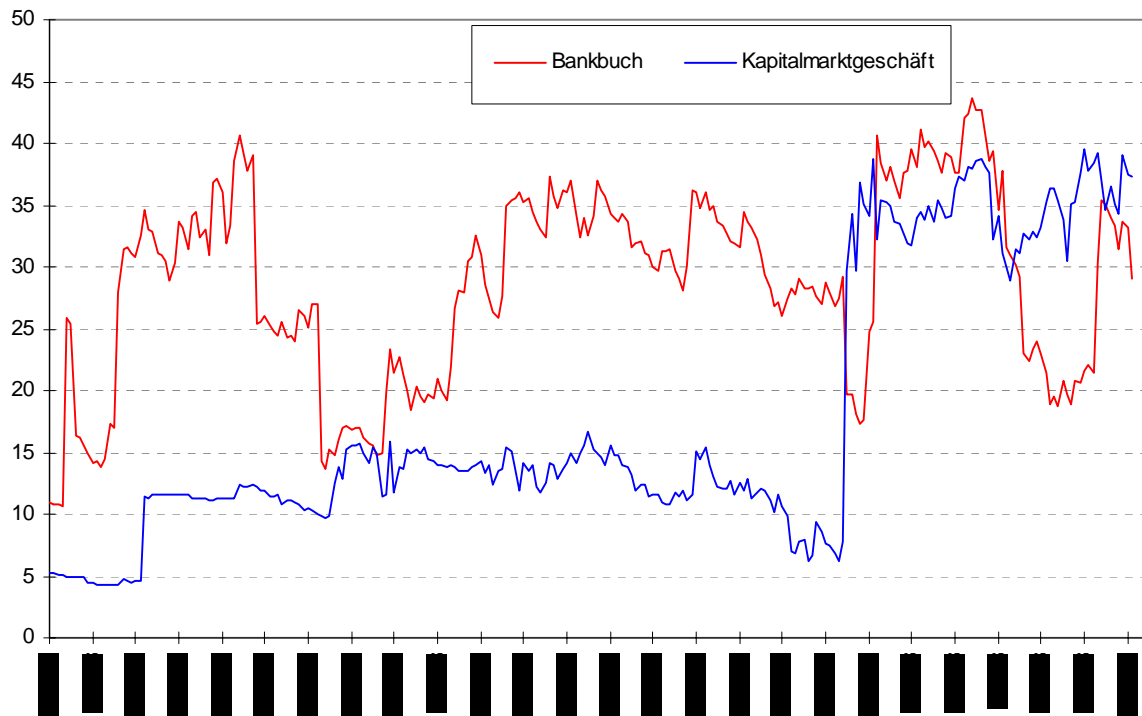
Einheit	Durchschnitt 2006	Minimum 2006	Maximum 2006	Limit per 31.12.2006
Trading	5,46	0,47	23,00	40,00
Client Business	1,65	0,03	9,34	25,00
Treasury	13,39	3,97	29,56	60,00
Internationales Geschäft	0,81	0,08	2,93	5,00
Kapitalmarktgeschäft LBB	17,64	4,25	39,46	
Bankbuch Landesbank	28,73	10,60	43,60	250,00
LBB (gesamt)	40,28	12,03	76,64	325,00
Aktienrisiko	5,87	0,13	24,60	
Währungsrisiko	2,50	0,04	11,08	
Zinsrisiko	37,63	9,72	73,04	
Credit Spread Risiko	15,17	2,55	37,95	
LBB (gesamt)	40,28	12,03	76,64	

Aufgrund von Diversifikationseffekten errechnen sich die Gesamt-Werte nicht als Summe aus den Einzelaktivitäten.

⁵ Capital-at-Risk bezeichnet das 10-tägige Value-at-Risk auf einem Konfidenzniveau von 99 %

Im Jahresverlauf 2006 ergaben sich die folgenden Auslastungen für die Handelsbereiche (Kapitalmarktgeschäft) und das Bankbuch:

Marktpreisrisiko der LBB AG in Mio. €



Steuerung der Marktpreisrisiken

Die Risikosteuerung für die Handelsaktivitäten erfolgt durch die Front-Office-Bereiche auf der Grundlage der CAR-Limite / -Auslastungen und der Gewinn- und Verlust (P&L)-Analysen pro Geschäftsfeld und pro Handelstisch beziehungsweise Händler. Sie wird ergänzt durch Tages- und Jahresverlustlimite und weitere, je nach Geschäftsfeld unterschiedliche, auf den jeweiligen Geschäftstypus zugeschnittene Front-Office-Verfahren (z. B. Szenario-Matrix-, Shift-Sensitivitäten-, Basis-Point-Value-, Duration-Limite oder Vega-Limite). Die Ergebnisse der täglichen CAR-, und Gewinn- und Verlustanalysen werden dem für das Risiko-Controlling sowie dem für das Kapitalmarktgeschäft zuständigen Vorstandsmitglied zur Kenntnis gebracht.

Die Risiko- und Ertragsüberwachung für die Bankbücher erfolgt ebenfalls täglich auf Basis der Verfahren, die zur Kontrolle der Handelsgeschäfte eingesetzt werden. Ökonomische Ertragseffekte (Substanzwertveränderungen) werden analysiert, was die Steuerung unter Barwert- und Laufzeitgesichtspunkten ermöglicht. Darüber hinaus werden Analysen hinsichtlich des laufenden Ertrags - insbesondere des Zinsüberschusses- erstellt, wodurch die Steue-

rung der Gewinn- und Verlustrechnung weiter fundiert wird. 14-tägig berät und entscheidet der Dispositionsausschuss des Vorstands über eine geschäftspolitische Neubewertung und gegebenenfalls Neuausrichtung des eingegangenen Zinsänderungs- und Kursrisikos.

Kontrolle der Marktpreisrisiken

Im Dezember 2004 wurden die internen Verfahren (Full-use-Modell inklusive besonderer Kursrisiken und Währungsrisiken) zur Marktpreisrisikoüberwachung aufsichtsrechtlich anerkannt. Seitdem werden die Risiken aus den Handelsbuchaktivitäten der Landesbank Berlin AG auf Basis dieses internen Modells gemeldet. Die Eigenkapitalbindung wurde dadurch erheblich reduziert.

Eingebettet in die Überwachung der Marktpreisrisiken ist ein System von risiko- und verlustbegrenzenden Limitierungen und damit zusammenhängenden Verfahrensregelungen. Regelmäßig und bei Bedarf tritt das Allgemeine Produkt Komitee zusammen, um Risiken und organisatorische Auswirkungen aus neuen Geschäftstypen zu beurteilen und die erforderlichen Schritte bis zu deren Einführung zu überwachen. Die endgültige Genehmigung eines neuen Produkts erfolgt durch den Vorstand auf einvernehmlichen Vorschlag des Allgemeinen Produkt Komitees. Vergleichbare Verfahren gelten für Aktivitäten auf neuen Märkten.

Methodik der Risikomessung bei Marktpreisrisiken

Methodisch basieren die angewendeten Verfahren zur Risikomessung (CAR-Auslastung) auf einem analytischen Delta-Gamma-Ansatz unter Einbeziehung von Volatilitätsrisiken auf Basis einer Haltedauer von zehn Tagen und einem Konfidenzniveau von 99 %. Spreadrisiken des zinstragenden Geschäfts werden durch Berücksichtigung von Government-, Pfandbrief- und Swapkurven explizit gemessen. Individuelle Kursrisiken werden bei zinsbezogenen Produkten über implizite Ausfallintensitäten berechnet. Bei aktienkursbezogenen Produkten erfolgt die Aufteilung in einen aktienindexbezogenen und einen individuellen Teil. Dieses Verfahren versetzt die Bank in die Lage, auch Sonderbewegungen außerhalb des Markttrends einzelner Titel im Risikomodell abschätzen zu können. Optionsrisiken werden in Form von Gamma- und Vega-Risiken integrativ erfasst.

Die Korrelationen der circa 1.900 Risikofaktoren werden je Geschäftsfeld und für den Gesamtbankausweis vollständig berücksichtigt. Über die genannten Regelungen hinaus wird der Risikogehalt der Positionen mittels Stresstests in einer Vielzahl unterschiedlicher Szenarien (historische, feste sowie exposurebezogene Szenarien) täglich untersucht und monatlich auf Vorstandsebene diskutiert.

Die Prognosegüte der Modelle wird mittels Clean Backtesting (Überprüfung der eintägigen Wertänderungen eines konstant gehaltenen Portfolios im Anschluss) ermittelt. Seit dem Jahr 2002 wurden bei Backtestüberprüfungen in allen Bereichen Ergebnisse erzielt, die eine hohe Prognosegüte bestätigen.

Mit der Aktualisierung der Risiko- und Ergebnisberechnung für die Handelsgeschäfte im 15-Minuten-Rhythmus geht das ARMADA-System deutlich über die MaRisk hinaus und ermöglicht auch im Tagesverlauf eine effektive Überwachung der Handelsaktivitäten.

Reporting der Marktpreisrisiken

Die LBB hat ein umfassendes und differenziertes Risikoreporting bei Marktpreisrisiken eingerichtet:

- Intraday Monitoring der Risiken und Erträge der Handelsbereiche (alle 15 Minuten)
- Täglicher Bericht gemäß MaRisk an die zuständigen Fach-Vorstandsmitglieder
- 14-tägiger Aktiv-Passiv-Report für die Beratungen im Dispositionsausschuss
- Monatlicher Bericht gemäß MaRisk an den Konzernvorstand mit Erläuterung der Entwicklung im Monatsverlauf

Die in der LBB eingesetzten Risikokontrollverfahren haben sich in allen Marktsituationen des Berichtsjahres bewährt. Risiken werden zeitnah erkannt, berichtet und von den Entscheidungsträgern gesteuert.

Immobilienrisiken

Das Portfolio der konzerneigenen Immobilien besteht aus Objekten, die im Anlagevermögen der Konzernbanken bilanziert werden oder sich in konzerneigenen Grundstücksgesellschaften befinden.

Die Risiken werden regelmäßig überwacht und nach dem Value-at-Risk-Verfahren gemessen. Das Exposure (aktuelle Buchwerte, Impairment- bzw. Gutachtenwerte der Objekte) wird einzelnen standort- und nutzungsbezogenen Immobilienindizes zugeordnet, deren Volatilität auf Basis der Preisentwicklung der vergangenen 15 Jahre berechnet wird. Bei der Aggregation der Risiken werden auch Korrelationen zwischen den Immobilienindizes berücksichtigt. Ein Reporting erfolgt vierteljährlich.

Operationelle Risiken

Entsprechend der Rahmenvereinbarungen des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht sind operationelle Risiken in der LBB definiert als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Ereignissen eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein, beinhaltet aber nicht strategische Risiken und Reputationsrisiken.

Gemäß der Risikostrategie des Konzerns obliegt das Risikomanagement den Unternehmensbereichen als Teil ihrer Ergebnisverantwortung. Diese dezentrale Steuerungsverantwortung umfasst die Steuerung von akzeptierten operationellen Risiken und die Eingrenzung und / oder den Transfer nicht akzeptierter operationeller Risiken durch Initiierung und Umsetzung von Gegenmaßnahmen. Die zentrale Controllingfunktion obliegt dem Bereich Controlling, der für die Einführung und Festlegung des Risikomanagementprozesses, von geschäftsfeldübergreifenden Regelwerken und Strategien, von qualitativen und quantitativen Messmethoden, für die Bereitstellung steuerungsrelevanter Informationen sowie für die Datenevidenz verantwortlich ist. Darüber hinaus ist der Bereich Controlling an der Konzeption von Versicherungsmodellen zum Risikotransfer beteiligt.

Die LBB wird die regulatorische Eigenkapitalunterlegung zukünftig nach dem Standardansatz vornehmen und entwickelt interne Verfahren zur Berechnung der operationellen Risiken laufend weiter. Die aufsichtsrechtliche Anerkennung ist zu einem späteren Zeitpunkt geplant. Die qualitativen Anforderungen in Bezug auf das Management und das Controlling der operationellen Risiken im Zusammenhang mit der Umsetzung der nationalen Anforderungen (SolvV) werden erfüllt.

Interne Verfahren

Durch etablierte Verfahren ist eine einheitliche Aufbau- und Ablauforganisation des Risikomanagements und eines Risikofrüherkennungssystems für operationelle Risiken sichergestellt. Mittels der Einbindung der verantwortlichen zentralen Kernkompetenzbereiche (z.B. Personal, Organisation, Informationstechnologie und Recht) einerseits sowie der Geschäftsfelder und Tochtergesellschaften andererseits wird die einheitliche Funktionsfähigkeit des Risikomanagementsystems in den Geschäftsbereichen und den Teilunternehmen gewährleistet.

Wesentliche Instrumente des Risikomanagements sind die Risikoinventur (OpRisk-Inventur), das Frühwarnsystem und die systematische Sammlung interner und externer Schadensfälle. Bei der OpRisk-Inventur schätzen alle Geschäftsfelder und die Teilunternehmen ihre Risikosituation anhand von Szenarien und unter Berücksichtigung von Risikoindikatoren sowohl qualitativ in Form von Noten als auch quantitativ in Form einer monetären Bewertung selbst ein. Damit erhält die Bank Aufschluss über die mögliche Entwicklung der operationellen Risiken und wird auf kritische Risikosituationen hingewiesen.

Die in der Bank durchgeführten organisatorischen und technischen Maßnahmen haben 2006 zu verminderten Risikoeinschätzungen bei der OpRisk-Inventur geführt.

Im Berichtszeitraum wurde das Frühwarnsystem weiterentwickelt. Dazu gehören unter anderem die detailliertere Analyse und Bewertung von wesentlichen Auslagerungen (Outsourcing) des Konzerns entsprechend der aktuellen aufsichtsrechtlichen Entwicklungen sowie ein Ratingsystem für die qualitative Bewertung von Geschäftsprozessen. Das Geschäftsprozess-Rating befindet sich aktuell in ausgewählten Bereichen in der Testphase.

In Ergänzung der seit mehreren Jahren durchgeführten internen Schadensfallsammlung hat sich der Konzern an einem Projekt der VÖB-Service GmbH (Gesellschaft des Bundesverbandes öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB e.V.) zum Aufbau eines externen Datenkonsortiums beteiligt. Im Jahr 2006 wurde das Datenkonsortium gegründet und der Datenaustausch begonnen. Dies ermöglicht ein Benchmarking und eine Plausibilisierung der internen Daten, die Weiterentwicklung von Szenarien und statistischer Auswertungen.

Personalrisiken

Nach Abschluss der Restrukturierung konzentrierte sich der Konzern auf die Stärkung der Zukunftsfähigkeit in einem sich weiter wandelnden Markt.

Mit der Kommunikationsoffensive „Aufbruch 2006“ wurden die individuellen Ziele der unterschiedlichen Einheiten im Dialog zwischen den Führungskräften und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durch verbindliche Vereinbarungen konkretisiert und insgesamt miteinander abgestimmt.

Diese bildeten die Grundlage für zahlreiche bereichsinterne und –übergreifende Projekte, die in der Regel Produktivitätssteigerungen oder effizientere Prozesse zum Ziel hatten. Die

durchgeführten Maßnahmen setzten Schwerpunkte bei den Schulungen im Verkaufsprozess der Retailbereiche sowie bei Expertenqualifizierungen in Spezialbereichen.

Bei den Kundengeschäftsfeldern stand die hohe Qualität der Prozesse und Serviceleistungen im Fokus. In Kernteams wurden einheitliche Service- und Beratungsversprechen definiert und kommuniziert. Zu den Maßnahmen dieser Qualitätsoffensive gehörten auch umfangreiche Vertriebsstrainings, die Telefoncoaching und Führungskräfte-Workshops einbezogen.

Im Rahmen der Neuausrichtung der Bank haben unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein Leitbild entwickelt, das Führung, Zusammenarbeit und Kommunikation in klaren Leitsätzen verbindlich definiert. Daraus abgeleitet wurde zur Sicherung der Führungsqualität und zur Weiterentwicklung der Führungsstandards das Instrument des Führungsfeedbacks in allen Bereichen des Konzerns verpflichtend eingeführt. Es komplettiert die bestehenden Personalinstrumente und sichert die Stabilität und Innovationsfähigkeit der personellen Ressourcen des Konzerns.

Mit diesen Aktivitäten konnten Personalrisiken, die die Handlungsfähigkeit der Bank signifikant beeinflussen würden, minimiert werden.

Systemrisiken

Die gesetzten Restrukturierungsziele und die Erfüllung gesetzlicher Anforderungen wurden für die LBB erreicht.

Im September 2006 erfolgte als Abschluss des Projekts „Eine Bank“ die technische Fusion der Institute Bankgesellschaft Berlin AG, Landesbank Berlin AG und Berliner Sparkasse.

Sonstige Maßnahmen aus der konzernweiten Informationstechnologie-Strategie wurden verfeinert und umgesetzt. Im Berichtsjahr wurden die Systeme der Finanzbuchhaltung auf SAP/R3 umgestellt und ein zentrales System für das Sicherheiten-Management eingeführt. Damit trug die Bank der Notwendigkeit eines homogenen und stabilen Systemumfelds Rechnung.

Die technische Lösung zur Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen an die IFRS-Rechnungslegung für Forderungen und Verbindlichkeiten wurde zum 1. Januar 2006 in Be-

trieb genommen. Darüber hinaus wurden umfangreiche technische und organisatorische Maßnahmen umgesetzt, um die Qualität der Datenbelieferung der IAS-SAP-Lösung aus den operativen Systemen sicherzustellen und die monatliche Erstellung der Bilanzkennzahlen nach HGB und IFRS zu ermöglichen.

Die LBB hat ferner das Notfallmanagement für die Retailssysteme modernisiert und verfeinert. Auf dieser Basis werden regelmäßige Notfallübungen durchgeführt.

Rechtsrisiken

Rechtsrisiken wird grundsätzlich durch die Beobachtung des rechtlichen Umfelds, die Vorgabe von Richtlinien und die Verwendung von Standardverträgen begegnet. Für Rechtsrisiken sind ausreichend Rückstellungen gebildet.

Haftungsfreistellungserklärungen der LBB und der IBG

Wie bereits in den vorausgegangenen Geschäftsberichten dargestellt, haben die LBB beziehungsweise die Immobilien- und Baumanagement der BIH-Gruppe (IBG), vormals Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, natürlichen Personen in den Jahren 1994 bis 1997 sogenannte Freistellungserklärungen zur Verfügung gestellt, durch die diese von ihrer unbeschränkten Komplementärhaftung in diversen Immobilienfonds gegenüber Dritten durch die LBB beziehungsweise die IBG freigestellt wurden.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) teilte mit, dass sie die Freistellungserklärungen als zivilrechtlich unwirksam betrachte. LBB und IBG vertreten ebenfalls diese Auffassung. Damit haben die Freistellungserklärungen handels- und aufsichtsrechtlich keine Relevanz.

EU-Beihilfeverfahren zur Umstrukturierungsbeihilfe für die Bankgesellschaft Berlin AG und zur Übertragung der ehemaligen Wohnungsbau-Kreditanstalt Berlin auf die Landesbank Berlin – Girozentrale – (nunmehr firmierend als Landesbank Berlin AG).

Die Europäische Kommission hat die Umstrukturierungsbeihilfen zugunsten der Bankgesellschaft Berlin AG (nunmehr firmierend als Landesbank Berlin Holding AG) in vollem Umfang genehmigt. Die Entscheidung wurde veröffentlicht und zwischenzeitlich bestandskräftig.

Die Bundesregierung, das Land Berlin und die Bank haben mit der EU-Kommission einen Zeitplan vereinbart, in dem die wichtigsten für die Umsetzung der Zusagen relevanten Maßnahmen aufgeführt sind. Der Fortgang der Restrukturierung und die Umsetzung der einzelnen Zusagen stimmen mit dem dafür vereinbarten Zeitplan überein.

Da die Entscheidung der EU-Kommission inzwischen Bestandskraft besitzt, die Bank alle vereinbarten Maßnahmen bisher plangemäß umgesetzt hat und es für den Konzern außer Frage steht, dass auch die Bundesregierung und das Land Berlin die erforderlichen weiteren Maßnahmen ergreifen werden, um die Zusagen einzuhalten, bestehen nach Auffassung der Bank keine Rechtsrisiken aus diesem Beihilfeverfahren für die ehemalige Bankgesellschaft und den Konzern. Bei dieser Einschätzung darf jedoch nicht übersehen werden, dass es sich bei der Umsetzung der Zusagen um einen komplexen Prozess handelt, für dessen Ablauf – insbesondere für die 2007 vorgesehene Veräußerung der vom Land Berlin an der Holding gehaltenen Anteile – nicht die Bank alleine verantwortlich zeichnet.

Die EU-Kommission hat entschieden, dass die LBB eine Beihilfe zuzüglich Zinsen an das Land Berlin zurückzugewähren hat. Diese Beihilfe resultiert aus der Einbringung der Wohnungsbau-Kreditanstalt Berlin (danach Investitionsbank Berlin) im Jahr 1993 und der anschließenden Nutzung ihrer Zweckrücklage durch die LBB. Die Entscheidung wurde im Jahre 2005 in vollem Umfang umgesetzt. Die Entscheidung ist veröffentlicht und zwischenzeitlich bestandskräftig.

Einigung zwischen der Bundesregierung und der Europäischen Kommission in der Frage der Berliner Sparkasse

Die Bundesregierung und die Europäische Kommission haben sich darauf geeinigt, dass die Regelungen des § 40 KWG dem Berliner Sparkassengesetz nicht entgegenstehen. Das bedeutet, dass in dem anstehenden Veräußerungsverfahren auch ein privater Investor die LBB erwerben und die Bezeichnung "Berliner Sparkasse" fortführen darf. Er unterliegt dabei den Maßgaben des Berliner Sparkassengesetzes. Aufgrund dieser Einigung ist sichergestellt, dass die LBB hinsichtlich des Bezeichnungsschutzes für die Berliner Sparkasse in dem von der Kommission geforderten diskriminierungsfreien Verfahren veräußert werden kann. Daher erwachsen der Bank hieraus keine Risiken.

Risiken aus der Umsetzung der Detailvereinbarung und aus der Veräußerung der wesentlichen im Immobiliendienstleistungsgeschäft tätigen Konzerngesellschaften an das Land Berlin

Von den Risiken des verlustreichen Immobiliendienstleistungsgeschäfts der Vergangenheit wurde der Konzern durch die „Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft von den wesentlichen Risiken des Immobiliendienstleistungsgeschäfts“ (DetV) vom 16. April 2002 durch das Land Berlin weitestgehend abgeschirmt.

Die Abschirmung bezieht sich auf die Werthaltigkeit von Bilanzpositionen bestimmter Beteiligungen des Konzerns, auf die Erfüllung der bestimmten Immobilienfonds zugesicherten Garantien sowie auf die von den Konzernbanken herausgelegten Kredite an bestimmte Unternehmen des Immobiliendienstleistungsgeschäfts.

Die EU-Kommission genehmigte die Risikoabschirmung durch das Land Berlin unter der Auflage, die von der DetV erfassten Gesellschaften des Immobiliendienstleistungsgeschäfts bis zum 31. Dezember 2005 an konzernfremde Dritte oder an das Land Berlin zu veräußern oder aber zu liquidieren.

Das Land Berlin und der Konzern schlossen im Dezember 2005 einen Kauf- und Abtretungsvertrag über die noch vorhandenen und von der DetV erfassten Gesellschaften. Die Übertragung erfolgte mit dinglicher Wirkung am 30. Juni 2006.

Die nicht zur Veräußerung vorgesehenen Vermögensgegenstände und Rechtsverhältnisse wurden durch beim Konzern verbleibende Gesellschaften aufgenommen. In diesem Zusammenhang sind insbesondere die Abspaltung von der IBAG zur Aufnahme in die GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH (vormals BB-Data Gesellschaft für Kommunikationssysteme GmbH) (GfBI) sowie die Herauslösung von Sachverhalten der „Erweiterten Negativliste“ zur Aufnahme in die GfBI Immobilien Solutions GmbH (vormals Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien der IBAG-Gruppe mbH) (GfBI IS) zu erwähnen.

Die LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH (LPFV), in der das Risikomanagement und –controlling hinsichtlich der DetV zusammengefasst war, ist an das Land übergegangen. Den aus den auch weiterhin insbesondere von den Konzernbanken zu beachtenden Regeln der DetV im Grundsatz weiterhin resultierenden Abwicklungsrisiken wird durch die einvernehmliche Abstimmung von Handlungsweisen mit der Controlling-Gesellschaft des Landes (BCIA) sowie durch ein geeignetes Risikomanagement begegnet.

Die im Konzern verbliebenen und der GfBI bzw. deren Tochtergesellschaften zugeordneten Risiken, insbesondere die Sachverhalte der „Erweiterten Negativliste“ sowie weitere nicht unter die DetV fallende Positionen werden zentral in der GfBI bearbeitet und dort durch ein entsprechendes Risikomanagement- und -controllingsystem gesteuert und überwacht. Im Zusammenhang mit der Übertragung wurden - wie bereits erwähnt - verschiedene gesellschaftsrechtliche Umstrukturierungen vorgenommen. Die einschlägigen Bestimmungen des Aktienrechts bzw. des Umwandlungsrechts gewähren bei derartigen Umstrukturierungen den Gläubigern der betroffenen Gesellschaften unter bestimmten Voraussetzungen einen Anspruch auf Sicherheitsleistung für ihre bestehenden Forderungen. Entsprechende Ansprüche wurden mittlerweile bei der Holding, der LBB, der GfBI und der GfBI IS angemeldet. Sie werden derzeit auf ihre Berechtigung geprüft. Zusätzliche Risiken ergeben sich daraus jedoch nicht. Sollte in diesem Zusammenhang vom Konzern Sicherheit zu leisten sein, würden hierdurch lediglich bereits bestehende Verpflichtungen zusätzlich abgesichert, so dass eine Erweiterung der Verpflichtungen des Konzerns hierdurch nicht entstehen kann.

Einen wesentlichen Beitrag zur Risikobegrenzung stellt der Ende 2005 begonnene und im Berichtsjahr fortgeführte Kauf von Fondsanteilen dar. Dabei hat die FinTech Einundzwanzigste Beteiligungs- und Management GmbH, eine Tochtergesellschaft der LPFV, den Zeichnern von insgesamt 15 Fonds, die von der IBV aufgelegt wurden, ein Angebot zum Erwerb ihrer Anteile unterbreitet. Alternativ wurde den Zeichnern von 13 der zuvor bezeichneten Fonds die Möglichkeit eingeräumt, bei der LBB ein Darlehen zu beantragen, das von dieser treuhänderisch vergeben und durch eine Sicherungsabtretung der jeweiligen Fondsanteile besichert wird. Bei den oben genannten Maßnahmen hat das Land Berlin zuvor zugestimmt, so dass sie von der Freistellung nach Detailvereinbarung erfasst sind. Dies stellt gleichzeitig eine weitere Maßnahme dar, die den erfolgreich beendeten Sanierungsprozess flankiert.

Nichtigkeit der in Geschäftsbesorgungsverträgen enthaltenen Vollmachten zum Abschluss von Kreditverträgen

Nach inzwischen ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs sind von einem Kunden abgeschlossene umfassende Geschäftsbesorgungsverträge mit einem Vermittler, der nicht Rechtsanwalt ist, wegen Unvereinbarkeit mit dem Rechtsberatungsgesetz gemäß § 134 BGB nichtig.

Die hierzu noch in den vorangegangenen Berichtsjahren anhängigen Streitigkeiten wurden zwischenzeitlich weitgehend beendet. Im Übrigen ist ausreichend Vorsorge getroffen.

Prospekthaftungsklagen im Zusammenhang mit geschlossenen Immobilienfonds (IBV-Fonds) sowie Klage einer Fondsgesellschaft

Gegen die Bankgesellschaft Berlin AG (nunmehr die Holding), die LBB und weitere Gesellschaften des Konzerns sind einzeln oder - in jeweils unterschiedlichen Konstellationen - gemeinsam Klagen wegen der Erstellung beziehungsweise des Vertriebs angeblich fehlerhafter Prospekte von IBV-Fonds erhoben worden. Die Fonds waren durch die Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der IBAG-Gruppe mbH, nunmehr firmierend als Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der BIH-Gruppe (IBV) initiiert worden.

Gemeinsam mit dem Land Berlin hat der Konzern ein sogenanntes streitschlichtendes Angebot entwickelt, das den Zeichnern von 15 IBV-Fonds Ende November 2005 unterbreitet wurde. Aufgrund dieses Angebotes, das im Rahmen der Detailvereinbarung erfolgte, haben 4.515 von ursprünglich rund 7.700 klagenden Zeichnern ihre Klagen zurückgenommen, um von dem streitschlichtenden Angebot Gebrauch zu machen.

In 14 vom Landgericht Berlin bisher entschiedenen Verfahren wurde die Klage wegen angeblicher Prospekthaftungsansprüche gegen die LBB abgewiesen. Davon sind fünf Entscheidungen rechtskräftig geworden. Urteile, in denen Prospekthaftungsansprüchen gegen die LBB oder die Holding stattgegeben wurde, liegen bisher nicht vor.

Die Holding und die LBB haben bei den Fonds "LBB Fonds 2", "IBV International 1" und "IBV International 2", "BerlinHyp Fonds 1" und "BerlinHyp Fonds 2" und den "IBV Leasing Fonds" bis zum 31. März 2007 weiterhin auf die Einrede der Verjährung bezüglich der möglichen Ansprüche der Zeichner aus der sogenannten engen und / oder weiten Prospekthaftung verzichtet.

Sofern die Zeichner in den Prospekthaftungsklagen obsiegen sollten, ist der Konzern (vormals Bankgesellschaft Berlin) gegen die Klagesummen durch die Detailvereinbarung abgeschirmt.

Ferner hat eine Fondsgesellschaft, der „LBB Fonds 13“, am 28. Dezember 2004 Klage auf Schadensersatz in Höhe von 29,25 Mio. € gegen die jetzige Holding, die LBB und die IBG im Zusammenhang mit der Übertragung von Swaps auf die Fondsgesellschaft im Jahre 1998

erhoben. Der Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH i.L. und der IBV wurde der Streit verkündet.

Rechtsfolgen aus den Urteilen des Bundesgerichtshofes (BGH) vom 14. Juni 2004

In mehreren Urteilen hatte der 2. Zivilsenat des BGH am 14. Juni 2004 unter anderem zur Rückabwicklung von Finanzierungen für Beteiligungen an geschlossenen Fonds und zur fehlerhaften Angabe von Gesamtkreditkosten in Verbraucherkreditverträgen Stellung genommen. Vor dem Hintergrund der jüngeren Rechtsprechung des BGH konnten die in den vorangegangenen Berichtsjahren geltend gemachten Ansprüche der Kunden weitestgehend erfolgreich zurückgewiesen und das bestehende Streitwertvolumen signifikant gesenkt werden. Bezüglich der noch bestehenden streitigen Fälle wurde eine ausreichende Risikovorsorge getroffen.

Auswirkungen der Streitigkeiten mit dem DSGV über die Zugehörigkeit zum Öffentlichen Sektor

Die LBB streitet mit dem DSGV e.V. vor dem Landgericht Berlin über die weitere Zugehörigkeit zum Verband und die zukünftige Nutzung der Marken des DSGV durch die LBB und die Berliner Sparkasse. Die LBB hat erstinstanzlich in diesem Verfahren obsiegt. Aufgrund dieses Urteils ist sowohl festgestellt, dass die LBB Mitglied im DSGV ist, als auch, dass LBB und Berliner Sparkasse die DSGV-Marken uneingeschränkt nutzen können. Es ist derzeit nicht abzusehen, ob der DSGV e.V. gegen dieses Urteil Berufung einlegen wird. Die LBB hält das rechtliche Risiko aus dieser Streitigkeit für gering.

Sonstige Risiken

Geschäftspolitische und strategische Entscheidungen

Die im September 2005 durch den Vorstand verabschiedete Gesamtbankstrategie stellt die Zusammenfassung der Strategien aller Geschäftsfelder, Marktfolgebereiche und Corporate Center dar und wurde im Berichtsjahr fortgeschrieben.

Als Instrument zur Überwachung und Steuerung der Ergebnisziele der Geschäftsfelder wurde ein einheitlicher Reportaufbau entwickelt, der sich an strategischen und durch die Bank steuerbaren Kennzahlen orientiert.

Planabweichungen bei den Ergebniszielen sind als Frühwarnindikatoren zu werten. In diesen Fällen werden adäquate Maßnahmen eingeleitet und deren Erfolg überprüft. Der Report wird regelmäßig in der Vorstandssitzung präsentiert. Damit wird gleichzeitig die Einhaltung der Strategie regelmäßig überprüft.

Die Vorbereitungen zur Privatisierung der Holding binden erhebliche Ressourcen.

Veräußerung der Berliner Bank

Gemäß der Entscheidung der EU-Kommission vom 18. Februar 2004 war der Konzern verpflichtet, das unter der Marke „Berliner Bank“ in einer eigenen Niederlassung der LBB geführte Geschäft bis zum Jahr 2007 zu veräußern. Die Entscheidung sieht die Vertragsunterzeichnung bis zum 1. Oktober 2006 und die Umsetzung bis zum 1. Februar 2007 vor. Die Veräußerung wurde in einem offenen, diskriminierungsfreien und transparenten Bieterverfahren konform zur Entscheidung der EU-Kommission durchgeführt.

Bereits am 20. Juni 2006 unterzeichnete die LBB mit der Deutschen Bank AG einen Vertrag über den Verkauf der Berliner Bank. Zum 1. Oktober 2006 wurde die Berliner Bank AG & Co. KG gegründet. Das der Berliner Bank als Niederlassung der LBB zugeordnete Vermögen, alle Mitarbeiter und Kunden wurden in die neu geschaffene Gesellschaft übertragen. Mit Wirkung vom 31. Dezember 2006 hat die LBB sämtliche Anteile an der Berliner Bank AG & Co. KG an die Deutsche Bank AG verkauft. Damit wird die Landesbank die Auflage der EU-Kommission vollständig und vor Fristablauf umgesetzt haben.

Die Risiken aus den beihilferechtlichen Anforderungen an Veräußerungsumfang und -verfahren haben sich damit erneut deutlich reduziert. Sie wurden bereits unter den rechtlichen Risiken dargestellt.

Für die noch nach dem Verkauf der Berliner Bank durchzuführenden technischen, organisatorischen und personellen Maßnahmen bestehen ausreichende Rückstellungen.

Prognosebericht / Ausblick

Erwartete Entwicklung / Einschätzung der wirtschaftlichen Lage

Die derzeit zu beobachtende Auftragsentwicklung signalisiert eine anhaltend hohe Investitionsneigung im Inland. Demgegenüber lässt die Dynamik im Export und in der Bauwirtschaft nach. Ferner ist die von der Geldpolitik ausgehende Schubkraft für die deutsche Wirtschaft zum Jahreswechsel deutlich geringer geworden. Da die amerikanische Wirtschaft ihren ehemaligen Wachstumsvorsprung kurzfristig nicht zurückgewinnen dürfte, ist auch für Deutschland von einem anhaltenden aber verhalteneren Expansionstempo auszugehen.

Dennoch sind die wirtschaftlichen Perspektiven der Region Berlin-Brandenburg für 2007 im Vergleich zur schwachen Entwicklung der zurückliegenden Jahre positiv. Im verarbeitenden Gewerbe stiegen die Bestellungen nochmals deutlich und die Auftragsbestände erreichten ein hohes Niveau. Zudem stützen die verbesserte Arbeitsmarktsituation, der verstärkte Berlin-Tourismus sowie die Wachstumsimpulse aus den neuen EU-Ländern die konjunkturelle Entwicklung. Allerdings limitieren steuerliche Mehrbelastungen sowie die Maßnahmen zur Konsolidierung der Sozialkassen die Spielräume für steigende private Konsumausgaben. Insgesamt sollte sich 2007 dennoch im zweiten aufeinander folgenden Jahr ein Anstieg der regionalen Wirtschaftsleistung um mindestens 1 % ergeben.

Auch mittelfristig haben sich die Wachstumsaussichten verbessert. Der Wirtschaftsstandort Berlin kann im nationalen Vergleich mittlerweile auf eine hohe Forschungs- und Entwicklungsintensität sowie Erfolge bei der Produktivitätssteigerung verweisen. In Verzahnung mit vorhandenen Wissenschaftseinrichtungen ist von einem Präsenzausbau speziell in innovativen Branchen auszugehen. Als Kompetenzfelder sind dabei die Bio- und Medizintechnik, die Verkehrstechnik, die Informations- und Kommunikationstechnik im Verbund mit dem Medienbereich sowie die Weiterentwicklung der Wissenschaftsregion Berlin-Brandenburg hervorzuheben.

Während die Aussicht für die Gesamtwirtschaft durchaus positiv ist, bleiben die Rahmenbedingungen für das Kreditgewerbe verhältnismäßig schwierig. Die Zinsstrukturkurve dürfte auch künftig flach bleiben und folglich Ertragspotenziale aus der Fristentransformation begrenzen. Darüber hinaus hält der Konsolidierungsdruck auf dem deutschen Bankenmarkt bei gleichzeitig intensiverer Marktdurchdringung durch ausländische Institute an.

Geschäftliche Ausrichtung

Die LBB ist darauf ausgerichtet, in den drei Säulen ihrer Geschäftstätigkeit, dem Retailgeschäft, den Immobilienfinanzierungen und dem Kapitalmarktgeschäft weiter zu wachsen und entsprechende Investitionen in Marktchancen und Qualitätsverbesserungen durchzuführen.

Soll / Ist-Vergleich

Die Ziele der Landesbank Berlin AG für das Berichtsjahr 2006 wurden in einer Mittelfristplanung beschrieben, die auch Teil des Restrukturierungsplanes war, der der Europäischen Kommission eingereicht wurde und Grundlage der Beihilfegenehmigung war.

Die LBB hat – wie auch in den Jahren zuvor – die wesentlichen Ziele dieser Planung erreicht, unter Berücksichtigung des Ertrages aus der Veräußerung der Berliner Bank sogar deutlich übertroffen.

Mittelfristplanung / Schätzverfahren

Den geschäftlichen Planungen und Prognosen des Konzerns Landesbank Berlin Holding und damit auch für die Landesbank Berlin AG liegen volkswirtschaftliche Annahmen über die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Zinsentwicklung zugrunde. Für das Jahr 2007 und den mittelfristigen Planungshorizont bis 2011 erwarten wir eine zwar positive, aber im Bundesvergleich unterdurchschnittliche Wirtschaftsentwicklung in unserer Kernregion Berlin-Brandenburg. Gleichzeitig gehen wir davon aus, dass die Zinsstrukturkurve im Mittel flacher sein wird als in den letzten Jahren. Basierend auf diesen Annahmen zu den Rahmenbedingungen wurden zentrale Eckpunkte festgelegt. Anschließend erfolgte eine dezentrale Planung bottom-up durch die Geschäftsbereiche. Hierin wurden die Ziele hinsichtlich Kunden / Marktstellung, Neugeschäft und Erträge, Risiken geplant und Investitionen und Kosten detailliert.

Die weitere Entwicklung basiert auf einer Mittelfristplanung, die bis 2011 reicht.

Der Planung liegen die verabschiedeten Geschäfts- und Risikostrategien zugrunde.

Zusammenfassung / Gesamtaussage

Erstmals wird das Jahr 2007 ein Geschäftsjahr sein, das weitgehend unbeeinflusst bleibt von Sondereinflüssen aus Restrukturierungsmaßnahmen. Im operativen Geschäft erwarten wir, dass der Wegfall des Ergebnisbeitrages der Berliner Bank weitgehend kompensiert werden kann und die Landesbank Berlin nachhaltig positive operative Ergebnisse erzielt. Grundlage hierfür ist die Erwartung eines moderaten, in einzelnen Geschäftsfeldern auch signifikanten Ertragswachstums bei nur im geringen Umfang ansteigenden Verwaltungsaufwendungen und Aufwendungen zur Risikovorsorge.

Wir gehen davon aus, auf Basis der neu geordneten und deutlich vereinfachten Konzernstruktur, auch ohne die Erträge der zwischenzeitlich veräußerten Berliner Bank, einen Jahresüberschuss zu erreichen, der eine Ausschüttung der LBB Holding AG mindestens in Höhe der Ausschüttung für das Jahr 2006 ermöglicht.

Bilanz der Landesbank Berlin AG zum 31. Dezember 2006

Aktivseite	Anhang Textziffern	TEUR			Vergleichszahl 2005	Vorjahr
		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Barreserve						
a) Kassenbestand				418.808	553.331	553.331
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken				532.890	721.372	669.456
darunter: bei der Deutschen Bundesbank		512.618			(707.270)	(655.954)
				951.698	1.274.703	1.222.787
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind	11					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen				0	0	0
darunter:						
bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar		0			(0)	(0)
b) Wechsel				0	763	763
darunter:						
bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar		0			(763)	(763)
				0	763	763
Forderungen an Kreditinstitute	1, 3, 4, 5					
a) täglich fällig				7.039.225	3.756.793	1.265.985
b) andere Forderungen				23.809.989	26.992.281	45.687.916
				30.849.214	30.749.074	46.953.901
Forderungen an Kunden	1, 3, 4, 5, 11					
darunter:						
durch Grundpfandrechte gesicherte Darlehen		2.050.660			(3.061.799)	(2.984.529)
Kommunalkredite		10.696.620			(10.937.305)	(9.710.261)
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2, 3, 4, 5, 6, 9, 11					
a) Geldmarktpapiere						
aa) von öffentlichen Emittenten			0		0	0
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		0			(0)	(0)
ab) von anderen Emittenten			355.906		336.955	308.465
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		355.906			(274.641)	(274.641)
				355.906	336.955	308.465
b) Anleihen und Schuldverschreibungen						
ba) von öffentlichen Emittenten			2.410.738		4.411.035	447.792
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		2.217.752			(4.132.437)	(432.391)
bb) von anderen Emittenten			32.858.563		27.975.027	15.639.716
darunter:						
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		25.155.093			(19.185.127)	(10.205.226)
				35.269.301	32.386.062	16.087.508
c) eigene Schuldverschreibungen				8.969.472	7.617.762	230.262
Nennbetrag		8.921.637			(6.828.774)	(203.172)
				44.594.679	40.340.779	16.626.235
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3, 4, 5, 6, 9					
Beteiligungen	6, 9					
darunter						
an Kreditinstituten		102.688			(102.688)	(101.624)
an Finanzdienstleistungsinstituten		0			(0)	(0)
Anteile an verbundenen Unternehmen	6, 9					
darunter						
an Kreditinstituten		938.372			(915.481)	(7.551)
an Finanzdienstleistungsinstituten		759			(759)	(0)
Treuhandvermögen	8					
darunter: Treuhandkredite		435.873			14.923	14.923
					(14.923)	(14.923)
Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschl. Schuldverschreibungen aus deren Umtausch	11					
				0	0	0
Immaterielle Anlagewerte	7, 12					
				54.645	59.731	0
Sachanlagen	7, 12					
				125.699	164.610	89.938
Eigene Aktien oder Anteile						
rechnerischer Wert		0			0	0
					(0)	(0)
Sonstige Vermögensgegenstände	3, 13					
				3.302.178	3.742.026	316.358
Rechnungsabgrenzungsposten	14					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft				147.453	(220.190)	(207.500)
b) andere				16.478	(38.992)	(22.666)
				163.931	259.182	230.166
				110.674.189	110.063.275	90.390.479

Passivseite	Anhang Textziffern				Vergleichszahl 2005	Vorjahr
		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1, 3, 4					
a) täglich fällig				3.599.861	2.605.732	2.955.824
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist				<u>41.380.552</u>	<u>35.203.392</u>	<u>24.204.389</u>
				44.980.413	37.809.124	27.160.213
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1, 3, 4					
a) Spareinlagen						
mit vereinbarter Kündigungsfrist						
aa) von drei Monaten		6.835.071			7.474.295	7.474.295
ab) von mehr als drei Monaten		<u>94.408</u>			<u>145.607</u>	<u>145.607</u>
			6.929.479		7.619.902	7.619.902
b) andere Verbindlichkeiten						
ba) täglich fällig		7.637.263			10.855.731	9.492.948
bb) mit vereinbarter Kündigungsfrist oder Laufzeit		<u>8.323.607</u>			<u>9.778.192</u>	<u>8.902.459</u>
			15.960.870		20.633.923	18.395.407
				22.890.349	28.253.825	26.015.309
Verbriefte Verbindlichkeiten	1, 2, 3, 4					
a) begebene Schuldverschreibungen				32.996.949	34.102.797	33.082.324
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten				31.937	29.845	0
darunter:						
Geldmarktpapiere		0			(0)	(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf		0			(0)	(0)
				33.028.886	34.132.642	33.082.324
Treuhandverbindlichkeiten	8			435.873	14.923	14.923
darunter: Treuhandkredite		435.873			(14.923)	(14.923)
Sonstige Verbindlichkeiten	3, 15			2.806.282	2.643.597	410.303
Rechnungsabgrenzungsposten	16					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft				131.991	(135.183)	(126.400)
b) andere				<u>82.708</u>	<u>(97.123)</u>	<u>(66.478)</u>
				214.699	232.306	192.878
Rückstellungen						
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtunge	17			511.122	514.425	299.377
b) Steuerrückstellungen				25.767	46.473	46.473
c) andere Rückstellungen	18			<u>927.949</u>	<u>1.099.645</u>	<u>287.739</u>
				1.464.838	1.660.543	633.589
Nachrangige Verbindlichkeiten	3, 19			2.395.522	2.458.988	818.011
Eigenkapital	20					
a) gezeichnetes Kapital						
aa) Grundkapital			1.200.000		1.200.000	0
ab) Stille Einlage			<u>700.000</u>		<u>1.100.000</u>	<u>1.943.887</u>
				1.900.000	2.300.000	1.943.887
b) Kapitalrücklage				520.038	520.038	0
c) Gewinnrücklage						
ca) gesetzliche Rücklage			0		0	0
cb) Rücklage für eigene Anteile			0		82.184	0
cd) Gewinnrücklagen der Bank			37.289		0	83.757
ce) andere Gewinnrücklagen			<u>0</u>		<u>0</u>	<u>0</u>
				37.289	82.184	83.757
d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust				<u>0</u>	<u>-44.895</u>	<u>35.285</u>
				2.457.327	2.857.327	2.062.929

	Summe der Passiva:	110.674.189	110.063.275	90.390.479
Eventualverbindlichkeiten				
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen (im Übrigen siehe Anhang)		1.784.323	2.253.070	524.879
		1.784.323	2.253.070	524.879
Andere Verpflichtungen				
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		4.229.054	2.135.278	1.451.892
		4.229.054	2.135.278	1.451.892

Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Berlin AG für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2006

Aufwendungen	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Vergleichszahl 2005 TEUR	Vorjahr TEUR
Zinsaufwendungen	21, 30				3.176.040	2.778.507	2.521.481
Provisionsaufwendungen	22, 30				66.056	72.987	46.310
Nettoaufwand aus Finanzgeschäften	23, 30				22.342	2.165	0
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	24						
a) Personalaufwand							
aa) Löhne und Gehälter			347.703			356.271	229.272
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung		55.281	112.430			108.201	69.326
				460.133		464.472	298.598
b) andere Verwaltungsaufwendungen				488.887		496.435	410.802
					949.020	960.907	709.400
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	7				36.148	53.668	8.451
Sonstige betriebliche Aufwendungen	27				58.781	83.290	19.361
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	25				136.955	309.669	122.102
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	6				21.650	63.465	0
Aufwendungen aus Verlustübernahme					0	2.111	2.111
Außerordentliche Aufwendungen	28				9.900	39.149	11.640
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	29				-15.435	17.249	17.249
Sonstige Steuern, soweit nicht unter "Sonstige betriebliche Aufwendungen" ausgewiesen					-1.367	49	49
Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinn- abführungsvertrages abgeführte Gewinne					545.529	77.809	185.693
Jahresüberschuss					0	66.739	35.285
					Summe der Aufwendungen:	5.005.619	4.527.764
						3.679.132	

Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Berlin AG für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2006

Erträge	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	Vergleichszahl 2005 TEUR	Vorjahr TEUR
Zinserträge aus	21, 26, 30					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften			2.258.976		2.385.569	2.729.134
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen			<u>1.446.416</u>		1.095.425	485.612
				3.705.392	3.480.994	3.214.746
Laufende Erträge aus	21, 26, 30					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			146.171		112.808	9.894
b) Beteiligungen			15.029		25.053	5.679
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			<u>69.236</u>		44.702	14.224
				230.436	182.563	29.797
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	21			5.820	322.329	0
Provisionserträge	22, 26, 30			363.912	349.632	321.380
Nettoertrag aus Finanzgeschäften				0	0	11.000
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	6			32.300	17.249	18.779
Sonstige betriebliche Erträge	26, 27			626.740	142.582	57.816
Außerordentliche Erträge	28			41.019	32.415	25.614
				Summe der Erträge:	5.005.619	4.527.764
						3.679.132

Anhang der Landesbank Berlin AG 2006

Mit Wirkung ab dem 1. Januar 2006 wurde die Landesbank Berlin Anstalt öffentlichen Rechts formwechselnd in die Landesbank Berlin Aktiengesellschaft (LBB AG) umgewandelt.

Die Landesbank Berlin AG ist Tochtergesellschaft der Landesbank Berlin Holding AG (vormals Bankgesellschaft Berlin AG), die alleinige Aktionärin der Landesbank Berlin AG ist.

Die Landesbank Berlin AG ist Muttergesellschaft für den Teilkonzern Landesbank Berlin. Sie ist in den Konzernabschluss der Landesbank Berlin Holding AG (vormals Bankgesellschaft Berlin AG) einbezogen. Gem. § 291 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 HGB stellt die Landesbank Berlin einen Teilkonzernabschluss auf. Beide Abschlüsse werden gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 in Übereinstimmung mit den vom International Accounting Standards Board (IASB) verabschiedeten und veröffentlichten International Accounting Standards (IAS) bzw. International Financial Reporting Standards (IFRS) und deren Auslegung durch das International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) erstellt.

Der Konzernabschluss der Landesbank Berlin Holding AG sowie der LBB Teilkonzernabschluss werden beim Handelsregister des Amtsgerichts Berlin-Charlottenburg hinterlegt.

Übertragung des Geschäftsbetriebs der Bankgesellschaft Berlin AG (nunmehr Landesbank Berlin Holding AG)

Durch Beschluss der Hauptversammlung der Bankgesellschaft Berlin AG (BG AG) vom 14. Juli 2006 wurde der Geschäftsbetrieb der Bankgesellschaft Berlin AG mit dem nahezu gesamten Vermögen einschließlich aller übertragbaren sonstigen Rechte, Pflichten und Rechtsstellungen im Verhältnis zwischen BG AG und LBB AG unmittelbar nach dem 1. Januar 2006 00:00 Uhr (Ausgliederungstichtag i.S. § 126 Abs. 1 Nr. 6 UmwG) ausgegliedert und auf die LBB AG übertragen.

Der Beschluss zur Aufnahme des Geschäftsbetriebs der Bankgesellschaft Berlin AG in die LBB AG (Nachgründung gem. § 52 AktG) wurde in der Hauptversammlung der LBB AG, deren einziger Aktionär die Bankgesellschaft Berlin AG (nun Landesbank Berlin Holding AG) ist, am 13. Juli 2006 getroffen.

Die Ausgliederung wurde am 29. August 2006 in das Handelsregister der Bankgesellschaft Berlin AG eingetragen und damit wirksam. Die Eintragung der Nachgründung in das Handelsregister der LBB AG ist ebenfalls am 29. August 2006 erfolgt.

Die Ausgliederung erfolgte nach § 123 Abs. 3 Nr. 1 UmwG. Ihr wurde die mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main versehene Bilanz der Bankgesellschaft Berlin AG zum 1. Januar 2006 00:00 Uhr als Schlussbilanz zugrunde gelegt.

Die Übertragung des Geschäftsbetriebs der Bankgesellschaft Berlin AG erfolgte gegen Gewährung von 400.000.000 neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien an der LBB AG. Die neuen Aktien sind mit einem Gewinnbezugsrecht ab dem 1. Januar 2006 versehen. Die erforderliche Kapitalerhöhung um 400 Mio. EUR wurde in der Hauptversammlung der LBB AG am 13. Juli 2006 beschlossen. Der den Betrag von 400 Mio. EUR übersteigende Wert des zu Buchwerten übertragenen Vermögens (830 Mio. EUR), also 430 Mio. EUR, wurde bei der LBB AG als Kapitalrücklage gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB eingestellt.

In der Bankgesellschaft Berlin AG sind neben der 100 % Beteiligung an der LBB AG lediglich Vermögensgegenstände, Verträge, sonstige Rechte und Pflichten, Rechtspositionen sowie die dafür bestehenden Rückstellungen verblieben, deren Abwicklung in der Bankgesellschaft Berlin AG erfolgen soll oder deren Übertragung aus rechtlichen oder steuerlichen Gründen nicht möglich oder nicht sinnvoll war. Diese Vermögensgegenstände, Verträge, sonstige Rechte und Pflichten, Rechtspositionen sowie die dafür bestehenden Rückstellungen sind in dem der Ausgliederung zugrunde liegenden Ausgliederungs- und Übernahmevertrag vom 29. Mai 2006 einzeln bezeichnet.

Seit erfolgter Ausgliederung nimmt die Bankgesellschaft Berlin AG (nun Landesbank Berlin Holding AG) als Konzernobergesellschaft im wesentlichen die Funktion einer Finanzholding wahr, die Bankgeschäfte nicht mehr selbst durchführt und kein Kreditinstitut mehr ist. Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 14.07.06 wurde die Firma der Bankgesellschaft Berlin AG in Landesbank Berlin Holding AG geändert. Die Eintragung der Änderung in das Handelsregister ist am 29.08.06 erfolgt.

Der Übergang sämtlicher Mitarbeiter der Bankgesellschaft Berlin AG auf die LBB AG erfolgte mit allen Rechten und Pflichten aus den übergehenden Arbeits- und Ausbildungsverhältnissen als Betriebsübergang nach Maßgabe des § 324 UmwG und § 613a BGB. Die Aufgaben der Verwaltung der Landesbank Berlin Holding AG werden seit dem 29. August 2006 durch die LBB AG im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages wahrgenommen.

Darüber hinaus wurde mit Wirkung ab dem 1. Januar 2006 zwischen der Bankgesellschaft Berlin AG als Organträger und der LBB AG als Organgesellschaft ein Ergebnisabführungsvertrag vereinbart. Die Hauptversammlungen der beteiligten Gesellschaften haben diesem Unternehmensvertrag am 13. bzw. 14. Juli 2006 zugestimmt. Die Eintragung des Unternehmensvertrags in das Handelsregister der LBB AG ist am 17. Juli 2006 erfolgt.

Veräußerung der Berliner Bank

Das Geschäft der im Vorjahr als Niederlassung in den Jahresabschluss der Landesbank Berlin einbezogenen Berliner Bank wurde mit Wirkung zum 1. Oktober 2006 in die zuvor neu gegründete Berliner Bank AG & Co. KG eingebracht. An der Berliner Bank AG & Co. KG ist die Landesbank Berlin AG als alleinige Kommanditistin zu 100% vermögensmäßig beteiligt. Die Komplementärin Berliner Bank Beteiligungs-AG, ebenfalls eine 100%-ige Tochtergesellschaft der Landesbank Berlin AG, ist vermögensmäßig nicht an der KG beteiligt. Eingebracht wurde das unter der Marke Berliner Bank betriebene Geschäft mit Privat- und Geschäftskunden einschließlich der Mitarbeiter sowie das gesamte Filialnetz. Darüber hinaus wurden aus der Landesbank Berlin AG weitere Mitarbeiter für die Marktfolgebereiche, die Geschäftsfeldstäbe und die Corporate Center der Berliner Bank AG & Co. KG übertragen. Zur vollständigen Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Berliner Bank wurde zwischen der Landesbank Berlin AG und der Berliner Bank AG & Co. KG ein Geschäftsbesorgungsvertrag vereinbart, der am 1. Oktober 2006 in Kraft getreten ist.

Der Ausgründung war der Abschluss eines Kaufvertrages über die Berliner Bank AG & Co. KG mit der Deutschen Bank vorausgegangen. Die Veräußerung an den Käufer erfolgte zum 31. Dezember 2006.

Verzeichnis des Anteilsbesitzes

Die Angaben zum Anteilsbesitz gemäß §§ 285 Nr. 11 und 11a sowie § 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB sind in einer Aufstellung aufgeführt, die diesem Anhang als Anlage 1 beigelegt ist. Diese Angaben werden ergänzt durch ein Verzeichnis der Gesellschaften mit Ergebnisabführungsverträgen als Anlage 2.

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bilanzierung

Der Jahresabschluss der Landesbank Berlin AG wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) erweitert durch die Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt. Ergänzend werden die anzuwendenden Rechnungslegungsstandards des DRSC und die Bestimmungen der Satzung beachtet. In den Jahresabschluss ist die teilrechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts Berliner Sparkasse, handelsrechtlich eine Zweigniederlassung der Landesbank Berlin AG einbezogen.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden beibehalten.

Forderungen, die unter die Detailvereinbarung mit dem Land Berlin fallen, werden, da diese eine Gewährleistung der betreffenden Kredite durch das Land Berlin vorsieht, den Kommunalkrediten zugeordnet.

Der Jahresabschluss wurde auf der Grundlage einer Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufgestellt (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB).

Für die Umsetzung der Entscheidung der EU-Kommission vom 18. Februar 2004 und die Einhaltung der Verpflichtungszusagen der Bundesregierung wurden Geschäftspläne entwickelt und vom Vorstand verabschiedet. Den hieraus erkennbaren Aufwendungen und Verlusten wurde im Jahresabschluss 2003 durch die Bildung von separat ausgewiesenen Rückstellungen sowie durch Abschreibungen Rechnung getragen. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2006 ergeben sich durch Inanspruchnahmen, Auflösungen und Zuführungen (Aufzinsung) entsprechende Veränderungen.

Bewertung

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgte nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB in Verbindung mit den §§ 340 ff. HGB. Die Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) wurde beachtet.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind grundsätzlich mit dem Nominalbetrag angesetzt. Agio- und Damnumbeträge werden in die aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und planmäßig aufgelöst. Abgezinste Verbindlichkeiten werden mit dem Zeitwert, andere Verbindlichkeiten mit dem Rückzahlungsbetrag bilanziert.

Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen. Uneinbringliche Zinsen werden nicht vereinnahmt.

Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen grundsätzlich gemäß dem strengen Niederstwertprinzip vorgenommen. Bei nur vorübergehender Wertminderung wird gemäß § 253 Abs. 2 HGB i.V.m. § 340e Abs.1 HGB der Wert beibehalten. Diese Handhabung steht im Einklang mit § 6 Abs. 1 Nr. 2 EStG; hierdurch werden Abweichungen zwischen Handels- und Steuerbilanz weitestgehend vermieden.

Im Finanzanlagevermögen der Landesbank Berlin AG befinden sich nicht nach dem Niederstwert bewertete börsenfähige Aktien und Wertpapiere in Höhe von 38 (i.V.: 10) Mio. EUR.

Die Wertpapiere des Handelsbestandes sowie der Liquiditätsreserve werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Bestände, die im Zusammenhang mit einem betrags-, währungs- und laufzeitkongruenten Zinsswapgeschäft verbunden wurden, werden dabei als Bewertungseinheit betrachtet.

Bei Vermögensgegenständen, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden planmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Pensionsrückstellungen werden in der erforderlichen Höhe auf der Basis versicherungsmathematischer Gutachten angesetzt; der Rechnungszinsfuß beträgt 6 %. Der steuerlich zulässige Wert wird dann angesetzt, wenn er den nach handelsrechtlichen Grundsätzen ermittelten Betrag übersteigt. Bei der Berechnung wurden die biometrischen Rechnungsgrundlagen (Richttafeln Prof. Heubeck 2005 G) verwendet.

Die übrigen Rückstellungen sind in der Höhe angesetzt, die nach vernünftiger kaufmännischer Überlegung erforderlich ist.

Die Bewertung hinsichtlich der unter die Detailvereinbarung fallenden Aktiva und Passiva erfolgt im Jahresabschluss 2006 unverändert zu den Vorjahren: „Vor dem Hintergrund der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin vom 16. April 2002 zur Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG (und damit auch der Landesbank Berlin) von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft wurden per 31. Dezember 2001 keine Wertberichtigungen für die unter die vom Land übernommene Buchwertgarantie fallenden Vermögensgegenstände vorgenommen. Die Entscheidung der EU-Kommission zum Beihilfeverfahren vom 18. Februar 2004 legitimiert die Fortführung dieses Bewertungsansatzes. Es sind jeweils nur spezifische Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft erfasst. Be-

stimmte, von der Bankgesellschaft Berlin AG, der Landesbank Berlin und der BerlinHyp bis zum 31. Dezember 2001 an die IBG-/ IBAG-Gruppe einschließlich der Objektgesellschaften ausgereichten Kredite und Kreditzusagen werden vom Land Berlin garantiert. Durch die Kreditgarantie wird der Konzern Bankgesellschaft Berlin AG gegen das Kreditausfallrisiko bei den Gesellschaften der IBG-/ IBAG-Gruppe abgeschirmt. Soweit Eventualverbindlichkeiten und Haftungsverhältnisse sowie sogenannte harte Patronatserklärungen und die Mithaftung als Gesellschafter aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft resultieren und nicht von der Erfüllungsübernahme gegenüber der LPFV erfasst, jedoch im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2001 ausgewiesen werden, stellt das Land Berlin die Konzerngesellschaften von einer tatsächlichen Inanspruchnahme frei.“

Mit Vertrag vom 19. Dezember 2005 hat die Bankgesellschaft Berlin AG die wesentlichen von der Detailvereinbarung abgeschirmten Gesellschaften des Immobiliendienstleistungsgeschäfts an das Land Berlin veräußert.

Bewertung des Handelsbestands

Für den überwiegenden Teil unserer Handelsaktivitäten werden Geschäfte sowohl für die Risikosteuerung als auch für die Zwecke der handelsrechtlichen Rechnungslegung getrennt in der Form von Portfolien bzw. Bewertungseinheiten strukturiert und bewertet.

Bei den Zinsportfolien werden alle Produkte innerhalb einer Währung als Bewertungseinheit angesehen. Bei den Aktienportfolien erfolgt die Zusammenfassung je Gattung, bei Kreditderivat- und Convertibleportfolien je Underlying. Als eine Gattung werden auch marktgängige Indizes auf Aktienkörbe angesehen.

Es werden zunächst die Ergebnisse aus der Bewertung der einzelnen Produkte (Wertpapiere des Handelsbestandes einschließlich derivativer Finanzinstrumente) zu Marktpreisen in den Portfolien miteinander verrechnet. In Zins- und Aktienportfolien werden positive Bewertungsüberhänge bis maximal in Höhe der realisierten Verluste in der jeweiligen Gattung bzw. Währung in einem Portfolio durch Aufrechnung vereinnahmt. Für die übrigen Portfolien erfolgt eine Verrechnung nur in Höhe der unrealisierten Bewertungsergebnisse. Ein danach verbleibender positiver Bewertungsüberhang wird gemäß dem Imparitätsprinzip nicht vereinnahmt. Soweit das Ergebnis aus der Bewertung negativ ist, wird hierfür eine Rückstellung gebildet.

Die Risiken aus den Portfolien unterliegen einem auf das jeweilige Portfolio zugeschnittenen Risikomanagement und Limitierungssystem. Die Portfolien werden im Rechnungswesen und in der Risikoüberwachung eindeutig von anderen Geschäften abgegrenzt.

Soweit Handelsgeschäfte nicht einem Portfolio zugeordnet sind, werden für Bewertungsverluste Rückstellungen gebildet. Bewertungsgewinne werden nicht vereinnahmt.

Währungsumrechnung

Der Jahresabschluss wird in Euro aufgestellt.

Die Umrechnung der auf ausländische Währung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden sowie von schwebenden Geschäften erfolgt grundsätzlich zu den von der Europäischen Zentralbank zum Jahresende veröffentlichten Referenzkursen bzw. zu zeitgleich festgestellten externen Kursen für die Währungen, für welche die EZB keine Referenzkurse ermittelt; Terminkurse wurden hieraus abgeleitet.

Hiervon ausgenommen sind die auf ausländische Währung lautenden Vermögensgegenstände, die dem Anlagevermögen zugeordnet und nicht in derselben Währung gedeckt sind; sie werden mit ihrem umgerechneten historischen Anschaffungskurs bilanziert (§ 340h Abs. 1 HGB).

Die Bank hat das Wahlrecht der besonderen Deckung nach § 340h Abs. 2 S. 2 HGB für alle Geschäfte in jeder Währung ausgeübt. Somit werden alle Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung gemäß § 340h Abs. 2 S. 1 und 2 HGB in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Auszusondernde Erträge ergaben sich vor dem Hintergrund der zum Bilanzstichtag zeitnah begründeten Geschäfte nicht.

Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

Durch die Übernahme des operativen Geschäftes der Bankgesellschaft Berlin AG (nunmehr Landesbank Berlin Holding AG) im Rahmen der Umsetzung des Projektes „Eine Bank“ ist der unmittelbare Vergleich nur wenig aussagekräftig.

Zur Abbildung der nach § 265 Abs. 2 HGB geforderten Vergleichbarkeit mit Vorjahresbeträgen wurde daher auf eine Dreispaltendarstellung mit zusätzlicher Angabe einer Vergleichszahl 2005 zurückgegriffen. Darin werden Effekte aus einer angenommenen Übertragung des Geschäftsbetriebs der Bankgesellschaft Berlin AG mit Wirkung ab dem 1. Januar 2005 widergegeben.

Dabei wurde die hypothetische Übertragung grundsätzlich nur soweit dargestellt, wie sie nicht den tatsächlichen rechtlichen Verhältnissen zum 31. Dezember 2005 widerspricht. Ausnahmen bilden dabei die Gliederung des Eigenkapitals, das in der Vergleichszahl in der Rechtsform einer AG abgebildet ist, sowie die Darstellung der durchgeführten Ergebnisabführung an die Muttergesellschaft. Vergleichszahlen werden in der Bilanz und in der GuV dargestellt. Im Anhang werden Vergleichszahlen nur in den Tabellen angegeben.

(1) Fristengliederung

in Mio. EUR	Vergleichszahl		
	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2005
Forderungen an Kreditinstitute			
Andere Forderungen			
- bis drei Monate	9.152	9.791	36.157
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	10.057	10.719	4.314
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3.572	5.040	4.124
- mehr als fünf Jahre	1.029	1.442	1.093
Insgesamt	23.810	26.992	45.688
Forderungen an Kunden			
- bis drei Monate	3.858	7.105	4.637
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	2.983	2.428	2.220
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	5.825	6.546	5.861
- mehr als fünf Jahre	11.806	11.405	10.231
davon mit unbestimmter Laufzeit	(3.244)	(4.180)	(2.698)
Insgesamt	24.472	27.484	22.949
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			
- bis drei Monate	26.275	19.892	16.138
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	11.279	8.338	1.538
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3.572	5.061	4.792
- mehr als fünf Jahre	255	1.912	1.736
Insgesamt	41.381	35.203	24.204
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten			
- bis drei Monate	8	14	14
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	13	13	13
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	67	110	110
- mehr als fünf Jahre	6	9	9
Insgesamt	94	146	146
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			
Andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			
- bis drei Monate	2.445	3.234	2.765
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.225	1.340	1.220
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2.553	2.510	2.409
- mehr als fünf Jahre	2.101	2.694	2.509
Insgesamt	8.324	9.778	8.903
Verbriefte Verbindlichkeiten			
Andere verbrieftete Verbindlichkeiten			
- bis drei Monate	0	1	0
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	0	0	0
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	0	0	0
- mehr als fünf Jahre	32	30	0
Insgesamt	32	31	0

(2) Beträge, die im Folgejahr fällig werden

in Mio. EUR	31.12.2006	Vergleichszahl	
		31.12.2005	31.12.2005
Enthalten in Position:			
- Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.781	7.702	2.545
- Verbriefte Verbindlichkeiten begebene Schuldverschreibungen	4.869	4.991	4.814

(3) Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

in Mio. EUR	31.12.2006	Vergleichszahl	
		31.12.2005	31.12.2005
Forderungen an Kreditinstitute	5.251	4.960	38.735
Forderungen an Kunden	506	1.384	418
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.833	2.356	4.130
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	206	288	0
Sonstige Vermögensgegenstände	13	1	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.446	3.059	9.727
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	208	451	223
Verbriefte Verbindlichkeiten	875	2.870	9.485
Sonstige Verbindlichkeiten	0	7	0
Nachrangige Verbindlichkeiten	2.305	2.369	728

(4) Beziehungen zu Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

in Mio. EUR	31.12.2006	Vergleichszahl	
		31.12.2005	31.12.2005
Forderungen an Kreditinstitute	279	333	323
Forderungen an Kunden	48	229	107
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	458	0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	18	14	8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	64	94	68

(5) Nachrangige Aktiva

in Mio. EUR	31.12.2006	Vergleichszahl	
		31.12.2005	31.12.2005
Forderungen an Kreditinstitute	68	33	163
Forderungen an Kunden	76	60	6
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	86	152	0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	325	380	173

(6) Entwicklung des Finanzanlagevermögens

in Mio. EUR	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Beteili- gungen	Anteile an verbundenen Unternehmen
Buchwert zum 31.12.2005	98	0	157	44
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2005	98	10	161	149
Zugänge EineBank ¹⁾	63	29	186	1.000
Zugänge 2006 ²⁾	550	0	26	40
Abgänge 2006	81	29	7	140
Umbuchungen 2006	0	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderung	0	0	0	0
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2006	630	10	366	1.049
Kumulierte Zuschreibungen zum 31.12.2005	0	0	2	0
Zugänge 2006	0	0	0	0
Abgänge 2006	0	0	0	0
Kumulierte Zuschreibungen zum 31.12.2006	0	0	2	0
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2005	0	10	6	105
Zugänge 2006	0	0	4	17
Abgänge 2006	0	0	2	68
Umbuchungen 2006	0	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderung	0	0	0	0
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2006	0	10	8	54
Buchwert zum 31.12.2006	630	0	360	995

¹⁾ Werte entsprechen den Anschaffungskosten bei der Landesbank und den ausgegliederten Buchwerten aus der Bankgesellschaft.

²⁾ Bei Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren entsprechen die Zugänge der Rückführung einer Wertpapierleihe

(7) Entwicklung des Sachanlagevermögens

in Mio. EUR	Sachanlagen	Immaterielle Anlagewerte
Buchwert zum 31.12.2005	90	0
Anschaffungs-/Herstellungskosten		
zum 31.12.2005	273	0
Zugänge EineBank	149	171
Zugänge 2006	15	16
Abgänge 2006	122	2
Umbuchungen 2006	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0
Anschaffungs-/Herstellungskosten		
zum 31.12.2006	315	185
Kumulierte Zuschreibungen		
zum 31.12.2005	1	0
Zugänge EineBank	1	0
Zugänge 2006	0	0
Abgänge 2006	0	0
Kumulierte Zuschreibungen		
zum 31.12.2006	2	0
Kumulierte Abschreibungen		
zum 31.12.2005	184	0
Zugänge EineBank	75	111
Zugänge 2006	16	20
Abgänge 2006	84	1
Umbuchungen 2006	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0
Kumulierte Abschreibungen		
zum 31.12.2006	191	130
Buchwert zum 31.12.2006	126	55

Gemäß §§ 24, 125 UmwG stellen die bei der Bankgesellschaft Berlin AG zum 1. Januar 2006 bilanzierten Buchwerte des ausgegliederten Anlagevermögens die Anschaffungskosten bei der Landesbank Berlin AG dar. Aufgrund der Anschaffungskostenrestriktion können in der Bankgesellschaft Berlin AG vor dem 1. Januar 2006 vorgenommene außerplanmäßige Abschreibungen in der Landesbank Berlin AG handelsrechtlich nicht erfolgswirksam als Zuschreibungen wertaufgeholt werden. Abweichend davon wird in der obigen Darstellung das ausgegliederte Sachanlagevermögen mit den in der Bankgesellschaft Berlin AG zum 1. Januar 2006 erfassten historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten und kumulierten Abschreibungen dargestellt, um einen klareren Einblick in die Wertverhältnisse und Altersstruktur des übertragenen Vermögens zu ermöglichen. Eine separate Erfassung und Darstellung der in 2006 und in Zukunft abgehenden historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten und kumulierten Abschreibungen nach ehemaligen Beständen der Bankgesellschaft Berlin AG ist technisch nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich.

(8) Treuhandgeschäfte

in Mio. EUR	Vergleichszahl		
	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2005
Forderungen an Kreditinstitute	0	0	0
Forderungen an Kunden	436	15	15
Sonstige Vermögensgegenstände	0	0	0
	436	15	15
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2	15	15
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	434	0	0
Sonstige Verbindlichkeiten	0	0	0
	436	15	15

(9) Börsenfähigkeit / Börsennotierung

in Mio. EUR	börsenfähig			börsennotiert			nicht börsennotiert		
	31.12.2006	VZ 2005	31.12.2005	31.12.2006	VZ 2005	31.12.2005	31.12.2006	VZ 2005	31.12.2005
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	44.595	40.403	16.626	42.568	36.318	13.549	2.027	4.085	3.077
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3.763	2.730	369	3.324	2.506	145	439	224	224
Beteiligungen	183	157	0	148	123	0	34	34	0
Anteile an verbundenen Unternehmen	899	876	0	670	630	0	229	246	0

(10) Bestände in Fremdwährung

in Mio. EUR	31.12.2006	Vergleichszahl	
		31.12.2005	31.12.2005
Vermögensgegenstände	7.746	9.021	5.682
Verbindlichkeiten	7.012	9.122	5.680

(11) Im Rahmen des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) der zuständigen Notenbank für geldpolitische Instrumente als Sicherheit verpfändete Vermögensgegenstände

Die im Rahmen des ESZB für geldpolitische Instrumente an die Deutsche Bundesbank als Sicherheiten verpfändeten Vermögensgegenstände gliedern sich wie folgt:

in Mio. EUR	31.12.2006	Vergleichszahl	
		31.12.2005	31.12.2005
Wertpapiere	19.927	19.833	8.501
davon: Ausgleichsforderungen	0	0	0
Wirtschaftskredite	211	203	203
davon: Wechsel	0	1	1
davon: Kreditforderungen	211	202	202
Gesamt	20.138	20.036	8.704

Am Jahresende betrug die Inanspruchnahme 11.000 (i.V.: 3.000) Mio. EUR.

Zum Bilanzstichtag bestanden folgende weitere Verpfändungen: Anleihen und Schuldverschreibungen in Höhe von nominal 337 (i.V.: 106) Mio. EUR sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere mit einem Marktwert von 221 (i.V.: 93) Mio. EUR wurden als Sicherheiten bei der EUREX Deutschland hinterlegt. Darüber hinaus dienen Anleihen und Schuldverschreibungen über nominal 63 (i.V.: 167) Mio. EUR sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere mit einem Marktwert von 285 (i.V.: 523) Mio. EUR als Sicherheiten, die die Bank im Zusammenhang mit Pensionsgeschäften und Wertpapierleihgeschäften als Sicherheiten gegeben hat.

In Pension gegeben wurden Anleihen und Schuldverschreibungen im Nominalwert von 13.107 (i.V.: 10.476) Mio. EUR.

(12) Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Von den Grundstücken und Gebäuden werden im Rahmen der eigenen Geschäftstätigkeit Immobilien mit einem Buchwert von 23 (i.V.: 50) Mio. EUR genutzt.

Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung sind in Höhe von 99 (i.V.: 35) Mio. EUR enthalten.

Immaterielle Anlagewerte / Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet, vermindert - soweit es sich um abnutzbare Vermögensgegenstände handelt - um planmäßige lineare bzw. degressive Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer mit den steuerlich zulässigen Höchstwerten.

Immaterielle Vermögenswerte / Sachanlagen	Nutzungsdauer
Gebäude	25 / 33 / 50 Jahre
Mietereinbauten	25 / 33 Jahre
Einrichtungsgegenstände	8 - 13 Jahre
Betriebsvorrichtungen	5 - 25 Jahre
Büromaschinen/EDV-Anlagen	3 - 8 Jahre
Fernsprechanlagen	10 Jahre
Kraftfahrzeuge	6 Jahre
Software	3 – 5 Jahre

Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben und im Anlagespiegel als Abgang gezeigt.

(13) Sonstige Vermögensgegenstände

in Mio. EUR	31.12.2006	Vergleichszahl	
		31.12.2005	31.12.2005
Forderungen aus Collateral	1.553	1.743	0
Aktivposten aus Portfolien	1.461	1.737	0
Forderungen an Finanzbehörden	17	14	14
Forderungen aus Optionsgeschäften, Futures und Swaps	49	27	275
Einzugspapiere	1	3	3
Übrige	221	218	24
Insgesamt	3.302	3.742	316

Die Aktivposten aus Portfolien umfassen Optionsrechte für im Kapitalmarktgeschäft gezahlte Prämien und Variation Margins sowie aktivierte Gewinnansprüche.

(14) Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Ausgewiesen werden Unterschiedsbeträge zwischen dem Nennbetrag von Forderungen und deren Zahlungsbetrag in Höhe von 96,9 (i.V.: 148,5) Mio. EUR.

Der Unterschiedsbetrag zwischen Ausgabe- und Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten beläuft sich auf der Aktivseite auf 54,9 (i.V.: 66,1) Mio. EUR.

(15) Sonstige Verbindlichkeiten

in Mio. EUR	31.12.2006	Vergleichszahl	
		31.12.2005	31.12.2005
Verbindlichkeiten ggü. Finanzbehörden	16	20	20
Abgegrenzte Zinsen für nachrangige Verbindlichkeiten	37	56	15
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und sonstigen Leistungen	13	30	1
Verbindlichkeiten aus Termingeschäften und Swaps	165	23	256
Passivposten aus Portfolien	1.251	1.162	0
Verbindlichkeiten aus Collateral	805	1.093	0
Rückzahlungsbetrag stille Einlage	400	0	0
Übrige	119	260	118
Insgesamt	2.806	2.644	410

Die Passivposten aus Portfolien beinhalten überwiegend aus dem Kapitalmarktgeschäft stammende Verbindlichkeiten aus erhaltenen Optionsprämien und Variation Margins.

(16) Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Unterschiedsbeträge zwischen dem Nennbetrag von Forderungen und deren Auszahlungsbetrag werden in Höhe von 76,8 (i.V.: 97,9) Mio. EUR ausgewiesen.

(17) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen stiegen um 212 Mio. EUR auf 511 (i.V.: 299) Mio. EUR.

(18) Andere Rückstellungen

in Mio. EUR	31.12.2006	Vergleichszahl	
		31.12.2005	31.12.2005
Rückstellungen für drohende Inanspruchnahme aus Portfolien und Finanzgeschäften	258	292	0
Rückstellungen für Risiken des Kreditgeschäfts	76	147	50
Rückstellungen für Verlustübernahmen	0	10	2
Rückstellungen aus der DM-Eröffnungsbilanz	11	14	14
Rückstellungen im Personalbereich	109	116	62
Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen	179	187	79
Rückstellungen EU-Entscheidung	101	183	21
Übrige	194	151	60
Insgesamt	928	1.100	288

(19) Nachrangige Verbindlichkeiten

		Nominalwerte in Mio.					
		Währung	EUR		Zinssatz	Fälligkeit	
(1)	*	JPY	10.000	64		3,36000	2007
(2)	*	DEM	50	26		6,06000	2007
(3)	*	JPY	10.000	64		3,32000	2007
(4)	*	EURO	14	14		Zerobond	2007
(5)	*	JPY	4.000	26		2,80000	2008
(6)	*	JPY	5.000	32		2,30000	2008
(7)	*	DEM	10	5		5,03000	2008
(8)		DEM	60	31	6-M.-Euribor + 0,50%	3,10100	2008
(9)	*	DEM	30	15		5,33000	2008
(10)		DEM	10	5		4,86000	2008
(11)		DEM	20	10		4,86000	2008
(12)		DEM	1	1		4,86000	2008
(13)		DEM	1	1		4,86000	2008
(14)		DEM	5	3		4,85000	2008
(15)		DEM	5	3		4,85000	2008
(16)		DEM	10	5		4,85000	2008
(17)		DEM	5	3		4,82000	2008
(18)		DEM	8	4		4,82000	2008
(19)		DEM	2	1		4,86000	2008
(20)		DEM	10	5		4,80000	2008
(21)		DEM	10	5		4,80000	2008
(22)		DEM	10	5		4,74000	2008
(23)		DEM	10	5		4,85000	2008
(24)		DEM	10	5		4,85000	2008
(25)	*	EUR	150	150	3-Mon.-Euribor +35 BP	2,80000	2009
(26)	*	FRF	1.000	152	Tec 10 -0,40%	2,88000	2009
(27)	*	FRF	1.500	229		5,75000	2009
(28)	*	FRF	750	114		5,75000	2009
(29)	*	EUR	375	375		4,75000	2009
(30)	*	EUR	7	7		Zerobond	2009
(31)	*	JPY	5.000	32		2,01400	2009
(32)	*	EUR	10	10	3-M.-Euribor + 0,39 %	2,77200	2009
(33)	*	FRF	1.000	152		5,37500	2010
(34)	*	DM	250	128		5,37500	2010
(35)	*	EUR	6	6		5,37500	2010
(36)	*	EUR	23	23		5,37500	2010
(37)	*	USD	250	190		7,12500	2012
(38)	*	GBP	150	223		8,00000	2012
(39)	*	EUR	51	51		FRN	2012
(40)	*	JPY	3.500	22		FRN	2013
(41)	*	JPY	3.000	19		FRN	2018
(42)	*	JPY	1.000	6		FRN	2018
(43)	*	EUR	75	75	mindestens	4,75000	2019
(44)	*	JPY	15.000	96		5,15000	2027

Die mit (*) gekennzeichneten nachrangigen Verbindlichkeiten wurden bei verbundenen Unternehmen aufgenommen. Die Mittelaufnahmen (27) und (28) zusammen, sowie die nachrangigen Verbindlichkeiten (29) übersteigen jeweils 10 % des gesamten Nachrangkapitals.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten (33) und (34) wurden 1999 redenominert (152 bzw. 128 Mio. EUR).

Der Zinssatz für die nachrangige Verbindlichkeit (43) wurde wie folgt vereinbart: 4,75% bis 31. März 2009, danach 4,75% + 81% der Differenz der am Zinstag gültigen 10-Jahres-Euro-Swap-Rate (Constant Maturity Swap) minus 4,75%, jedoch mindestens 4,75%.

Der Zinsaufwand für nachrangige Verbindlichkeiten 2006 beträgt 100,4 (i.V.: 43) Mio. EUR unter Berücksichtigung von Erträgen aus Swap-Geschäften in Höhe von 21,8 (i.V.: 0,3) Mio. EUR.

Ansprüche von Gläubigern auf Rückzahlung dieser Verbindlichkeiten sind gegenüber anderen Gläubigern nachrangig. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann nicht entstehen. Im Falle einer Liquidation dürfen sie erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Voraussetzungen des § 10 Abs. 5a KWG. Zum 31. Dezember 2006 sind 2.155,2 (i.V.: 787) Mio. EUR als haftendes Eigenkapital anrechenbar.

Von den nachrangigen Verbindlichkeiten wurden 773,2 (i.V.: 485) Mio. EUR in Fremdwährung aufgenommen.

(20) Eigenkapital

Das Grundkapital betrug gemäß § 3 der Satzung der Landesbank Berlin AG zum Bilanzstichtag 1.200,0 Mio. EUR und ist in 1.200 Mio. nennwertlose Stückaktien eingeteilt. Weiterhin bestehen typische stille Einlagen des Landes Berlin in Höhe von 700 (i.V.: 1.100) Mio. EUR. Die Landesbank Berlin AG hat zum Jahresende einen Teilbetrag von 400 Mio. EUR an das Land zurückgeführt.

Daneben besteht eine Kapitalrücklage in Höhe von 520,0 Mio. EUR, die aus der Umwandlung in eine Aktiengesellschaft sowie der Einbringung des Vermögens der Bankgesellschaft Berlin AG resultiert. Die Gewinnrücklagen belaufen sich auf 37,3 (i.V.: 83,8) Mio. EUR.

Angaben zu einzelnen GuV-Positionen

(21) Zinsüberschuss

in Mio. EUR	2006	Vergleichszahl 2005	2005
Zinserträge	3.706	3.481	3.214
aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	2.260	2.386	2.729
aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	1.446	1.095	485
Laufende Erträge	230	183	30
aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	146	113	10
aus Beteiligungen	15	25	6
aus verbundenen Unternehmen	69	45	14
Erträge aus Gewinngemeinschaften	6	322	0
Zinsaufwendungen	3.176	2.779	2.521
für Einlagen	2.019	1.631	1.455
für verbriefte Verbindlichkeiten	1.057	1.032	1.022
für nachrangige Verbindlichkeiten	100	117	44
Insgesamt	766	1.208	723

(22) Provisionsüberschuss

in Mio. EUR	2006	Vergleichszahl 2005	2005
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	109	100	91
Wertpapiere/Vermögensanlagen	109	98	90
Emissions- u. Konsortialgeschäft	0	2	1
Zahlungsverkehr/Kontoführung	126	131	129
Kreditgeschäft	20	5	7
Kreditgeschäft	9	1	0
Avalprovisionen	6	-1	4
Auslandsgeschäft	5	5	3
Kartengeschäft	34	33	33
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	9	8	15
Sorten-/Devisengeschäft	1	1	1
Sonstige Dienstleistungen	8	7	14
Insgesamt	298	277	275

(23) Nettoergebnis aus Finanzgeschäften

in Mio. EUR	2006	Vergleichszahl 2005	2005
Ergebnis aus zinsbezogenen Geschäften	7	8	10
Ergebnis aus aktienbezogenen Geschäften	-4	-16	0
Ergebnis aus sonstigen Handelsgeschäften	-25	-20	1
Handelsergebnis	-22	-28	11
Bewertung aus eigenen Aktien		26	0
Ergebnis gemäß Gewinn- und Verlustrechnung	-22	-2	11

(24) Andere Verwaltungsaufwendungen

in Mio. EUR	2006	Vergleichszahl 2005	2005
Gebäude- und Raumkosten	109	112	58
EDV	175	183	144
Werbung und Marketing	28	19	18
Beratungen, Prüfungen, Beiträge	41	37	18
Geschäftsbetriebskosten	40	35	28
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2	2	2
Personalabhängige Sachkosten	10	10	6
Sonstige Konzernleistungsverrechnung	84	99	137
Insgesamt	489	497	411

Aufwendungen für den Abschlussprüfer:

Für den Abschlussprüfer i.S.v. § 319 HGB im Geschäftsjahr aufgewendete Beträge TEUR	2006	Vergleichszahl 2005	2005
für Jahresabschlussprüfungen	3.203	3.401	1.825
für sonstige Bestätigungs- und Bewertungsleistungen	695	189	163
für Steuerberatung	19	30	27
für sonstige Leistungen	0	223	0
Insgesamt	3.917	3.843	2.015

In den sonstigen Leistungen waren im Vorjahr prüfungsnahen Beratungen und Fortbildungskosten enthalten.

